

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zum Bürgerhaushalt Potsdam 2015/2016

(Detailauswertung der Empfehlungen der Fraktionen, Fachausschüsse, Ortsbeiräte)

Beim Bürgerhaushalt 2015/2016 konnten Potsdamerinnen und Potsdamer Vorschläge zur städtischen Haushaltsplanung einbringen. Mit großem Erfolg. Insgesamt wurden 815 Vorschläge eingereicht und damit mehr als je zuvor. Während des gesamten Prozesses beteiligten sich erstmals mehr als 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner und damit über sechs Prozent aller Potsdamerinnen und Potsdamer.

Die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung vom 4. März 2015 über den Bürgerhaushalt 2015 / 2016 und dabei über die 20 wichtigsten Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger entschieden.

3 Annahmen

- **Kein Kauf und Abriss des Hotels "Mercure"**

geändert beschlossen: „Die Stadt Potsdam sollte keine Steuergelder zum Ankauf des Mercure Hotels verwenden, um es abzureißen.“

- **Zweitwohnsitzsteuer von 15 % auf 20 % erhöhen**
- **Förderung Nachbarschaftshaus "Scholle 34"**

3 Vorschläge „bereits in Umsetzung“

- **Kitagebühren senken und Beitragsordnung anpassen**
- **Hort- u. Freizeitbetreuung für Kinder mit geistiger Behinderung**
- **Bessere Ausstattung: Technik/Medien an Potsdams Schulen**

6 Ablehnungen

- **Kein Stadtgeld für Stadtkanal und Garnisonkirche**
- **Nowawiese nicht an die Schlösserstiftung übergeben**
- **Kostenlose Nutzung Öffentlicher Nahverkehr**
- **Kostenlose Essensversorgung in Kitas/Schulen**
- **Volkspark erhalten und ausbauen, Wohnqualität erhalten**
- **Entlastungsstraße für Potsdam Nord**

8 Prüfaufträge

- **Tierheim fördern**

als Prüfauftrag geändert beschlossen: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie eine zügige Einrichtung und Förderung eines Potsdamer Tierheims stattfinden kann.“

- **Erhalt und Förderung des "Extavium"**

als Prüfauftrag geändert beschlossen: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Lösungen zu suchen, wie das Extavium erhalten werden kann.“

- **Radfahren attraktiv und sicher machen**

- **Ordnungsgelder bei Verschmutzung deutlich erhöhen**

- **Mehr Sauberkeit in Potsdam (Mülleimer, Werbekampagne)**

- **Bessere Planung des Öffentlichen Nahverkehrs**

- **Ausgaben für „Barrierefreie Wege“ deutlich erhöhen**

- **Neubau und Erneuerung Sportanlagen im Potsdamer Norden**

Lesen Sie auf den folgenden Seiten die detaillierten Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte zum Bürgerhaushalt 2015/16.

Weitere Informationen und Rechenschaft zur Umsetzung der Bürger-vorschläge sowie Ergebnisse der Prüfungen finden Sie auf der Website

www.Potsdam.de/Buergerhaushalt

DS 14/SVV/1058

Nummer 1: Kein Stadtgeld für Stadtkanal und Garnisonkirche

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Es sollte kein städtisches Geld für die Wiedererrichtung des Stadtkanals oder der Garnisonkirche bereitgestellt werden. Die Baukosten sollten von denjenigen übernommen werden, die sie haben wollen. Dazu zählt auch die Übernahme der jährlichen Nebenkosten.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2015/16 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 7560 Punkte, wurde unter der Nummer 1 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 3. Dezember 2014 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Für die weitere Wiederherstellung des Stadtkanals stehen derzeit keine Fördermittel zur Verfügung. Daher sind im Haushalt der Landeshauptstadt auch keine Eigenmittel zur Kofinanzierung einer Förderung vorgesehen. Gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.05.2008 (Beitritt zur Stiftung Garnisonkirche Potsdam) stellt die Landeshauptstadt keine finanziellen Mittel für den Wiederaufbau der Garnisonkirche zur Verfügung. Dies wurde auch noch einmal mit einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (12/SVV/0759) aus dem Bürgerhaushaltsverfahren 2013/2014 bekräftigt.

>> Aktualisierung November 2014: -

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto: -

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag:

796 Kein Geld für Stadtkanal & Garnisonkirche

Es sollte kein Stadtgeld für den Stadtkanal oder die Garnisonkirche bereitgestellt werden. Ich habe nichts dagegen, wenn sie gebaut werden, aber dann sollen diejenigen die sie haben wollen auch zahlen und natürlich auch die jährlichen Nebenkosten. Wer Potsdam von früher erleben möchte, sollte sich Bücher kaufen. Davon gibt es genug. Potsdam ist eine sehr schöne Stadt. Ich lebe gerne hier. Vieles ist sehr gut restauriert worden.

>> Stellungnahmen der Fraktionen, Ortsbeiräte, Fachausschüsse

Die Linke	Annahme – Ist Bereits Beschlusslage
SPD	In Umsetzung – Änderungsantrag: Streichung des letzten Satzes. Darüber hinaus in Umsetzung durch 08/SVV/0325 Kuratorium Garnisonkirche
CDU/ANW	Ablehnung - Die Frage stellt sich derzeit nicht. Eine Beratung ist daher nicht notwendig.
DieAndere	Annahme - DIE aNDERE lehnt auch die indirekte Finanzierung von Stadtkanal und Garnisonkirche aus öffentlichen Mitteln ab. Allein durch den Abriss des Rechenzentrums würden Kosten von 1,7 Mio € entstehen und jährliche Mieteinnahmen von 470.000 € ausbleiben.
AfD	Ablehnung – Kein Kausalzusammenhang zwischen Kanal und Kirche.
Bündnis90/ DieGrünen	In Umsetzung - Beschlusslage zur Garnisonkirche ist bereits gegeben, beim Stadtkanal ist für 2015 nichts vorgesehen, grundsätzlich sollen aber Mittel des Sanierungsgebietes Potsdamer Mitte als Finanzierungsanteil nicht ausgeschlossen werden.
Bürger Bündnis- FDP	In Umsetzung
Potsdamer Demokraten	In Umsetzung - Es ist nicht vorgesehen, für diese Projekte städtische Finanzmittel bereitzustellen. Der Antrag ist durch gültige Beschlusslage bereits erledigt.

Eiche	Zur Kenntnis genommen
Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Golm	Zur Kenntnis genommen
Groß Glienicke	Zur Kenntnis genommen
Grube	Zur Kenntnis genommen
Marquardt	-
Neu Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Satzkorn	Zur Kenntnis genommen
Uetz-Paaren	Zur Kenntnis genommen

Hauptausschuss	Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Vorschlag abzulehnen. (4/13/0)
----------------	--

Gesundheit, Soziales, Inklusion	-
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	-
Stadtentw., Bauen, Verkehr	Der SBV-Ausschuss lehnt den Antrag mit 2/4/0 ab und verweist auf die bestehende Beschlusslage zur Garnisonkirche.
Kultur, Wissenschaft	-
Bildung und Sport	-
Jugendhilfe	-

Finanzausschuss	Der Antrag wird abgelehnt. (3/4/0)
Stadtverordnetenversammlung	Der Bürgervorschlag wird von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt .

DS 14/SVV/1059

Nummer 2: Kein Kauf und Abriss des Hotels "Mercure"

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Potsdam sollte keine Steuergelder zum Ankauf des „Mercure Hotel“ verwenden, um es abzureißen. Solche DDR-Architektur sollte im Zentrum von Potsdam erhalten bleiben, auch wenn es nicht jedem gefällt.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2015/16 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 7328 Punkte, wurde unter der Nummer 2 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 3. Dezember 2014 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Zur Zukunft des Lustgartens findet derzeit ein ergebnisoffenes Werkstattverfahren unter einer intensiven Bürgerbeteiligung statt. Dieses Verfahren soll Gestaltung und Nutzung des Lustgartens zur Diskussion stellen einschließlich der Zukunft des Hotelhochhauses. Im Ergebnis des Verfahrens sollen die Sanierungsziele für diesen Bereich konkretisiert werden. Insoweit ist das Ergebnis offen. Die Ergebnisse sollen im ersten Halbjahr 2015 vorliegen. Im

Haushalt der Landeshauptstadt sind derzeit keine finanziellen Mittel für Kauf und Abriss des Hotelhochhauses vorgesehen.

- >> Aktualisierung November 2014: -
- >> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto: -
- >> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag:

243 Kein Kauf & Abriss des Hotels "Mercure"
Keine Steuergelder zum Ankauf des Mercure Hotel um es abzureißen. Erhalt von DDR Architektur im Zentrum von Potsdam, auch wenn es nicht jedem gefällt.

>> Stellungnahmen der Fraktionen, Ortsbeiräte, Fachausschüsse

Die Linke	Annahme - Stadt braucht keine finanziellen Mittel für Kauf und Abriss einzusetzen
SPD	In Umsetzung - Änderungsantrag: Streichung des zweiten Satzes. Darüber hinaus: Beschlusslage SVV, vgl. 07/SVV/0671, 13/SVV/0044
CDU/ANW	Ablehnung - Die Frage stellt sich zurzeit nicht. Eine Beratung ist daher nicht notwendig.
DieAndere	Annahme
AfD	Prüfauftrag
Bündnis90/ DieGrünen	In Umsetzung - Mittel sind nicht vorgesehen.
Bürger Bündnis- FDP	Ablehnung
Potsdamer Demokraten	In Umsetzung - Für das Mercure gibt es derzeit keine konkreten Kaufs- oder Verkaufsabsichten. Über die Zukunft des Lustgartens wird in einem Werkstattverfahren beraten. Dies ist von der SVV beschlossen.

Eiche	Zur Kenntnis genommen
Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Golm	Zur Kenntnis genommen
Groß Glienicke	Zur Kenntnis genommen
Grube	Zur Kenntnis genommen
Marquardt	-
Neu Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Satzkorn	Zur Kenntnis genommen

Uetz-Paaren	Zur Kenntnis genommen
-------------	-----------------------

Hauptausschuss	Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen: Die Stadt Potsdam sollte keine Steuergelder zum Ankauf des Mercure Hotel verwenden, um es abzureißen. Solche DDR-Architektur sollte im Zentrum von Potsdam erhalten bleiben, auch wenn es nicht jeden gefällt.
Gesundheit, Soziales, Inklusion	-
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	-
Stadtentw., Bauen, Verkehr	Der SBV-Ausschuss verständigt sich darauf, nur zum 1. Satz des Antrages zu votieren und stimmt diesem mit 4/1/1 zu.
Kultur, Wissenschaft	-
Bildung und Sport	-
Jugendhilfe	-

Finanzausschuss	Der Antrag wird geändert beschlossen (7/0/0): „Die Stadt Potsdam sollte keine Steuergelder zum Ankauf des Mercure Hotel verwenden, um es abzureißen.“ Solche DDR-Architektur sollte im Zentrum von Potsdam erhalten bleiben, auch wenn es nicht jeden gefällt.
Stadtverordnetenversammlung	Der Bürgervorschlag wird von der Stadtverordnetenversammlung geändert beschlossen: Der erste Satz wird angenommen, der zweite Satz gestrichen: „Die Stadt Potsdam sollte keine Steuergelder zum Ankauf des Mercure Hotels verwenden, um es abzureißen.“

DS 14/SVV/1060

Nummer 3: Ordnungsgelder bei Verschmutzung deutlich erhöhen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Damit Potsdam das Wachstum finanzieren und erfolgreich meistern kann, sollten Bußgelder für Ordnungswidrigkeiten auf Grund von Umweltverschmutzung, wie weggeschmissenen Zigaretten, Kleinmüll, Hundekot oder Müllablagerungen im Wald drastisch erhöht werden. Auch die Schneeräumpflicht von Grundstückseigentümern sollte stärker kontrolliert und entsprechend erhöht werden. Hohe Strafgebühren sollten eine Lehre sein.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2015/16 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 5227 Punkte, wurde unter der Nummer 3 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 3. Dezember 2014 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Das Inspektorenteam des Ordnungsamtes hat seit April 48 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die derzeit wochentags zwischen 6 und 22 Uhr sowie am Wochenende „auf Streife“ sind. Zu den wichtigsten Aufgaben des Ordnungsamtes gehören die Kontrolle des ruhenden und die Überwachung der Einhaltung der zulässigen Geschwindigkeit an Unfallhäufungsstellen sowie die Kontrolle der Einhaltung der Stadtordnung und anderer Rechtsvorschriften, wie z. B. auch der Abfallentsorgungssatzung und Straßenreinigungssatzung. Die Inspektoren im Außendienst der Landeshauptstadt Potsdam verteilen im Rahmen der Kontrolle von Hundehaltern ab sofort auch Flyer mit Informationen für Hundehalterinnen und Hundehalter. Derzeit gibt es etwa 30 sogenannte Hundetoiletten in der Stadt, an denen Tüten kostenlos zu entnehmen sind und der Hundehaufen entsorgt werden kann. Für die Inspektoren ist es besonders schwierig, den Verursacher der Hundehaufen nachzuweisen. Dies kann nur gelingen, wenn der Hund und sein/e Halter/in auf frischer Tat ertappt werden.

Sollte ein Verstoß gegen die Stadtordnung, ein Gesetz oder eine der städtischen Satzungen (Rechtsnormen) festgestellt werden, dann wird ein entsprechendes Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet. Die Höhe des dabei zu entrichtenden Verwarnungs- bzw. Bußgeldes ergibt sich aus dem Bußgeldrahmen der jeweiligen Rechtsnorm gegen die der Betroffene verstoßen hat. Dieser Rahmen wird durch den Erlasser der Rechtsnorm be-

stimmt. Ein Bußgeldkatalog sichert die Gleichbehandlung aller Betroffenen. Die Höhe wird durch die Art (vorsätzliches oder fahrlässiges Handeln) und durch die Gewichtung der Zuwiderhandlung bestimmt. Die Höhe darf sich dabei nicht am personellen oder organisatorischen Aufwand für die Feststellung des Verstoßes orientieren.

>> Aktualisierung November 2014: -

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto:
12201 – Allgemeine Ordnungsangelegenheiten

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag:

58 Ordnungsgelder bei Verschmutzung durchsetzen
Damit Potsdam das Wachstum finanzieren und erfolgreich meistern kann, sollte das Bußgeld für Ordnungswidrigkeiten auf Grund von Umweltverschmutzung drastisch erhöht werden. Das Ordnungsamt handelt nicht bei weg geschmissenen Zigaretten oder Kleinmüll auf Gehwegen.

26 Verwarnungs- und Bußgelder erhöhen (anteilig zu Ordnungsgeldern bei Verschmutzung)

[...] Es kann nicht angehen, dass Hundebesitzer (wenn sie überhaupt kontrolliert werden) die Hinterlassenschaften ihrer Tiere im ganzen Stadtgebiet verteilen (noch schlimmer: Spielplätze) und dann 20,- Euro Bußgeld erhalten. Das muss weh tun und eine Lehre sein. Da müssen schon mal 300,- Euro oder mehr erhoben werden.

Sachverhalte die zukünftig kontrolliert werden müssen und für die Bußgelder von mindestens 100,- Euro aufwärts gelten müssen:

- Schneeräumspflicht von Grundstückeigentümern, besonders in Stadtrandgebieten, Nebenstarssen und vor allem in verkehrsberuhigten Bereichen. Bei 100 Euro Bußgeld pro Verstoss sind schon an einem einzigen Wintertag mit Schnee allein in Fahrland 20.000 Euro möglich. Mitarbeiterinsatz für einen Tag 200 Euro.
- Kontrolle von Hundebesitzern hinsichtlich Entfernung von Tierkot
- Kontrolle von Müllsündern (Abladen von Müll im Wald, etc.): Mindeststrafe vierstellig

Es kann nicht sein, dass die Allgemeinheit über höhere Steuern die Stadt allein finanziert. Wer sich nicht benehmen kann oder der Meinung ist, der muss sich nicht an ein paar einfache Regeln halten, der kann und sollte ordentlich zur Kasse gebeten werden.

>> Stellungnahmen der Fraktionen, Ortsbeiräte, Fachausschüsse

Die Linke	Annahme - Dabei geht es um die konsequente Umsetzung der Stadtordnung.
SPD	Prüfauftrag - Mit den gekennzeichneten redaktionellen Änderungen unterstützt die Fraktion SPD diesen Vorschlag als Prüfauftrag.
CDU/ANW	Ablehnung - Der Antrag steht im Zusammenhang mit der DS 14/SVV/1069. Die Sauberkeit in der Stadt wird immer wieder kritisiert und sollte verbessert werden. Derzeit wird eine Analyse erstellt. Daraus soll der notwendige Handlungsbedarf abgeleitet werden. Ob sich daraus eine Veränderung bei den Ordnungsgeldern ergibt, kann nur im Einzelfall geprüft werden.
DieAndere	In Umsetzung - Der Vorschlag wird bereits umgesetzt. Die Höhe von Bußgeldern kann und muss aus rechtlichen Gründen aber im Einzelfall festgelegt werden. Stärkere Kontrollen sind allerdings sehr kostenaufwändig.
AfD	Annahme
Bündnis90/ DieGrünen	Prüfauftrag - Gegenüber 2013 ist ein mehr von ca. 20 % geplant. Es ist zu prüfen, ob und gegebenenfalls wie die Erträge bei vertretbarem Aufwand weiter gesteigert werden können.
Bürger Bündnis- FDP	Ablehnung
Potsdamer Demokraten	Prüfauftrag - Weitere Maßnahmen, um zu einer saubereren Stadt zu kommen, sind sicherlich erforderlich. Dazu gehört auch das consequentere Einschreiten gegen Graffiti. Das hat aber mit der Erhöhung der Einnahmen für den Haushalt nur bedingt etwas zu tun. Insofern ist der Antrag nicht zielführend. Uneinsichtige Hundehalter und Raucher können das Wachstum Potsdams nicht finanzieren.

Eiche	Zur Kenntnis genommen
Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Golm	Ablehnung
Groß Glienicke	Zur Kenntnis genommen
Grube	Zur Kenntnis genommen
Marquardt	Annahme

Neu Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Satzkorn	Zur Kenntnis genommen
Uetz-Paaren	Zur Kenntnis genommen

Hauptausschuss	-
Gesundheit, Soziales, Inklusion	-
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	Die Ausschussmitglieder stimmen mit 6/0/0 einstimmig der Entscheidungskategorie „in Umsetzung“ zu.
Stadtentw., Bauen, Verkehr	-
Kultur, Wissenschaft	-
Bildung und Sport	-
Jugendhilfe	-

Finanzausschuss	(3/2/0) „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Prüfung des folgenden Bürgervorschlags vorzunehmen: ...“
Stadtverordnetenversammlung	Der Bürgervorschlag wird von der Stadtverordnetenversammlung als Prüfauftrag geändert beschlossen: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Prüfung des folgenden Bürgervorschlags vorzunehmen: ...“

DS 14/SVV/1061

Nummer 4: Nowawiese nicht an die Schlösserstiftung übergeben

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Potsdam soll die Grundstücke auf dem Vorplatz des Babelsberger Parks nicht an die Schlösserstiftung übergeben. Stattdessen sollte der gesamte Grünstreifen zwischen Nutheschneelstraße und Park Babelsberg an den Verein SV Concordia Nowawes verkauft oder verpachtet werden. Durch eine Übergabe an einen gemeinnützigen Kinderfußballverein kann eine Freizeitnutzung für Sport und Erholung sicherstellen. Die Fläche sollte zur Nutzung für den Freizeitsport erhalten und behutsam entwickelt werden. Eine Verpachtung oder ein Verkauf würde zusätzliche Finanzmittel in die Stadtkasse bringen.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2015/16 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 2285 Punkte, wurde unter der Nummer 4 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 3. Dezember 2014 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Das Vorgelände des Babelsberger Parks gehört zum UNESCO-Welterbe. Die denkmalrechtliche Genehmigung für den Bau eines Fußballrasenplatzes im südöstlichen Bereich des Vorgeländes wurde durch die Obere Denkmalschutzbehörde mit Schreiben der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg am 22.07.2013 erteilt. Die Genehmigung ist mit Auflagen verbunden. Dazu gehört auch, dass die restliche Vorfläche von Bebauung frei zu halten und wieder als offener Wiesenbereich zu gestalten ist. Eine Ergänzung des genehmigten Fußballrasenplatzes durch weitere Sportanlagen ist daher nicht möglich. Da mit dem Bau des Fußballrasenplatzes u.a. zur Nutzung durch den SV Concordia Nowawes 06 e.V. schnell begonnen werden soll, wäre ein Verkauf der Fläche nicht sinnvoll. Der Vorschlag wird daher von der Verwaltung nicht empfohlen.

>> Aktualisierung November 2014: -

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto: -

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag:

698 Nowawiese nicht an die Schlösserstiftung übergeben

Die Stadt Potsdam soll die Grundstücke auf dem Vorplatz des Babelsberger Parkes nicht an die Schlösserstiftung übergeben. Stattdessen sollte der gesamte Grünstreifen zwischen Nutheschneelstraße und Park Babelsberg an den Verein SV Concordia Nowawes verkauft oder verpachtet werden.

Begründung: Nach mehreren Jahren Planungsvorlauf beginnt die Stadt mit dem Bau eines Fußballplatzes auf der Nowawiese. Die Schlösserstiftung hat dieses Vorhaben bislang stets bekämpft und behindert. Daher erscheint es wenig sinnvoll, der Stiftung die an den neuen Sportplatz angrenzenden Flächen zu überlassen. Konflikte wären dadurch vorprogrammiert. Eine Übergabe an einen gemeinnützigen Kinderfußballverein kann eine Freizeitnutzung für Sport und Erholung sicherstellen. In der Stadt Potsdam - und besonders in Babelsberg - fehlen Sportplätze für den Schul-, Vereins- und Breitensport. Daher darf die Fläche nicht an die Schlösserstiftung ver-

schenkt oder unter Wert abgegeben werden, sondern muss zur Nutzung für den Freizeitsport erhalten und behutsam entwickelt werden. Eine Verpachtung oder ein Verkauf würde zusätzliche Finanzmittel in die Stadtkasse bringen. Es wird außerdem vermieden, dass die benötigte Spiel- und Sportfläche an anderen Stellen auf einem teureren Grundstück gebaut werden muss.

>> Stellungnahmen der Fraktionen, Ortsbeiräte, Fachausschüsse

Die Linke	Annahme
SPD	Ablehnung unter Verweis auf die Einschätzung der LHP. Wir teilen die Position der Stadtverwaltung dazu, die auf die Auflagen der Oberen Denkmalschutzbehörde hinweist, die hier einen freien Wiesenbereich gefordert hat.
CDU/ANW	Ablehnung - Die CDU/ANW-Fraktion schließt sich der Einschätzung der LHP an und folgt der Empfehlung.
DieAndere	Annahme
AfD	Ablehnung – Unterstützung der Stiftung, Bereits getroffene Zusagen einhalten.
Bündnis90/ DieGrünen	In Umsetzung - Mittel im HH nicht geplant, Flächen gehören zum Kernbereich des UNESCO-Welterbes.
Bürger Bündnis- FDP	Prüfauftrag
Potsdamer Demokraten	Annahme - Die Fraktion schließt sich der Einschätzung der LHP an und folgt der Empfehlung.

Eiche	Zur Kenntnis genommen
Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Golm	Zur Kenntnis genommen
Groß Glienicke	Zur Kenntnis genommen
Grube	Zur Kenntnis genommen
Marquardt	-
Neu Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Satzkorn	Zur Kenntnis genommen
Uetz-Paaren	Zur Kenntnis genommen

Hauptausschuss	Der Vorschlag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt, bei 5 Ja-Stimmen.
Gesundheit, Soziales, Inklusion	-

Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	Der KOUL-Ausschuss lehnt den Vorschlag mit 2/4/0 ab.
Stadtentw., Bauen, Verkehr	Der SBV-Ausschuss verständigt sich darauf, nur zum 1. Satz des Antrages zu votieren. Dieser wird mit 2/4/0 abgelehnt.
Kultur, Wissenschaft	-
Bildung und Sport	-
Jugendhilfe	-

Finanzausschuss	Der Antrag wird abgelehnt. (3/0/0)
Stadtverordnetenversammlung	Der Bürgervorschlag wird von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt .

DS 14/SVV/1062

Nummer 5: Zweitwohnsitzsteuer von 15 % auf 20 % erhöhen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Zweitwohnsitzsteuer könnte von derzeit 15 auf 20% angehoben werden.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2015/16 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 2005 Punkte, wurde unter der Nummer 5 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 3. Dezember 2014 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Zum 1. Januar 2013 hat die Landeshauptstadt Potsdam zuletzt den Steuersatz für die Zweitwohnungssteuer von 10% auf 15% erhöht. Eine weitere Erhöhung wird daher nicht empfohlen.

>> Aktualisierung November 2014:

Zum 1.1.2013 hat die Landeshauptstadt Potsdam zuletzt den Steuersatz für die Zweitwohnungssteuer von 10% auf 15% erhöht. Ein Steuersatz von 20% wird eher selten und dann nur von kleineren Gemeinden angewandt. Mit einer Erhöhung auf 20% könnten Mehreinnahmen von rund 65.000 Euro

generiert werden. Die Höhe der Steuer darf jedoch nicht dazu führen, dass das Innehaben einer Zweitwohnung für den Einzelnen unmöglich wird.

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto:
6110200.4034100

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag:

204 Zweitwohnsitzsteuer von 15 auf 20 % erhöhen
Damit Potsdam das Wachstum finanzieren und erfolgreich meistern kann, sollten folgende Einnahmen erhöht werden: Die Zweitwohnsitzsteuer könnte von derzeit 15 auf 20% angehoben werden. Siehe dazu: zweitwohnsitzsteuer.de

>> Stellungnahmen der Fraktionen, Ortsbeiräte, Fachausschüsse

Die Linke	Annahme - Bedeutet Mehreinnahmen für die Stadt; Studierende bleiben von der Steuererhöhung ausgenommen
SPD	Annahme - Die Fraktion SPD unterstützt diesen Bürgerhaushaltsvorschlag, da er einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung und damit zur Lösung der wichtigen infrastrukturellen Wachstumsaufgaben leistet.
CDU/ANW	Ablehnung - Die CDU/ANW-Fraktion schließt sich der Einschätzung der LHP an und folgt der Empfehlung.
DieAndere	Annahme - DIE aNDERE stimmt diesem Vorschlag zu. Allerdings sollte klargestellt werden, dass Dauerzeltplätze, Kleingärten und Internate ausgenommen werden.
AfD	Annahme – Entsprechend der Haushaltslage.
Bündnis90/ DieGrünen	Prüfauftrag - Einnahmen tragen nur unerheblich zur Verbesserung des HH bei, es wäre zu prüfen, ob eine Erhöhung des Steuersatzes auch zu einer Erhöhung der Erträge führen würde.
Bürger Bündnis- FDP	Ablehnung
Potsdamer Demokraten	Ablehnung

Eiche	Zur Kenntnis genommen
Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Golm	Zur Kenntnis genommen

Groß Glienicke	Zur Kenntnis genommen
Grube	Zur Kenntnis genommen
Marquardt	-
Neu Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Satzkorn	Zur Kenntnis genommen
Uetz-Paaren	Zur Kenntnis genommen

Hauptausschuss	-
Gesundheit, Soziales, Inklusion	-
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	-
Stadtentw., Bauen, Verkehr	-
Kultur, Wissenschaft	-
Bildung und Sport	-
Jugendhilfe	-

Finanzausschuss	Der Antrag wird ungeändert beschlossen. (4/2/0)
Stadtverordnetenversammlung	Der Bürgervorschlag wird von der Stadtverordnetenversammlung angenommen .

DS 14/SVV/1063

Nummer 6: Tierheim fördern

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Es sollte die zügige Einrichtung und Förderungen eines Potsdamer Tierheims stattfinden.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2015/16 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 7059 Punkte, wurde unter der Nummer 6 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 3. Dezember 2014 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Potsdamer Fund- und Verwahrtiere werden vertraglich bis Ende 2015 im Tierheim des Pfötchenhotels in Beelitz untergebracht und versorgt. Dabei handelt es sich um eine nach dem Tierschutzgesetz zugelassene und regelmäßig vom Amtstierarzt überprüfte Einrichtung. Somit ist die Tierversorgung als Pflichtaufgabe der Verwaltung unter Beachtung des Tierschutzes umfassend gewährleistet.

Seit Jahren bestehen zudem Bestrebungen, die Tierunterbringung innerhalb Potsdams zu etablieren, wobei die Suche nach einem geeigneten Grundstück und eines geeigneten Betreibers in der Vergangenheit schwierig waren. Nunmehr ist mit dem Sago-Gelände ein Grundstück gefunden worden, für welches der Tierschutzverein Potsdam und Umgebung e. V. auf Beschluss des Hauptausschusses den Zuschlag erhalten soll. Die Vertragsverhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Damit kann auch die Möglichkeit für ein Tierheim mit der Unterbringung der Potsdamer Fund- und Verwahrtiere entstehen. Diese Aufgabe kann jedoch nur im Ergebnis eines gesonderten Ausschreibungsverfahrens übertragen werden.

>> Aktualisierung November 2014:

Die Verhandlungen mit dem Tierschutzverein Potsdam und Umgebung e.V. (TSV) zum Verkauf des Sago-Geländes sind abgeschlossen. Im November 2014 hat der TSV den Kaufvertrag für das Grundstück zum Bau einer Tierbetreuungseinrichtung und eines Tierheims unterzeichnet. Dieser steht noch unter Vorbehalt der kommunalrechtlichen Genehmigung. Damit sind für den TSV die Voraussetzungen geschaffen, einen Bauantrag stellen zu können.

Die Betreuung der Potsdamer Fund- und Verwahrtiere als Pflichtaufgabe der Landeshauptstadt Potsdam erfolgt derzeit im „Pfötchenhotel“ in Beelitz. Durch die Insolvenz des Betriebes in Beelitz organisiert die Landeshauptstadt für die Zeit vom 1.12.2014 bis 31.12.2015 eine interimswise Tierunterbringung. Die Vorauswahl dazu ist abgeschlossen und die Vertragsausarbeitung erfolgt derzeit.

Um die Betreuung der Fund- und Verwahrtiere weiterhin ab 1.1.2016 erfüllen zu können, wird 2015 eine europaweite Ausschreibung der Fund- und Verwahrtiere-Betreuung erfolgen. Dabei soll diese Aufgabe möglichst in Potsdam bzw. in Potsdams engerer Umgebung erfüllt werden. Eine Beteiligung an einer solchen Ausschreibung ist dem TSV möglich. Der Tierheimrat wurde am 11.11.2014 eingehend und die Bürgerinitiative „Potsdam braucht ein Tierheim“ am 13.11.2014 informiert.

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto: -

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschläge:

482 Tierheim fördern

Ich bin für die zügige Einrichtung eines Potsdamer Tierheims.

559 Tierheimbau voranbringen

Endlich mit dem Bau des Tierheims beginnen! Es wird immer wieder mit fadenscheinigen Begründungen verschoben, verschoben, verschoben...

>> Stellungnahmen der Fraktionen, Ortsbeiräte, Fachausschüsse

Die Linke	Annahme - Vertrag dazu ist mit dem TSV ist abgeschlossen
SPD	Annahme / In Umsetzung - Der Intention des Vorschlags folgen wir, er wird jedoch bereits erfüllt. Der Tierschutzverein hat im November 2014 das SAGO-Gelände von der Stadt gekauft, um dort eine Tierbetreuungseinrichtung/ ein Tierheim zu errichten. Erste Arbeitseinsätze von Vereinsmitgliedern und Tierfreunden dort fanden bereits statt. Die Klärung der offenen Fragen (Wassererschließung, kommunalaufsichtliche Prüfungen) sollen zügig und konstruktiv abgeschlossen werden. Die Fundtierbetreuung der LHP wird in 2015 neu ausgeschrieben. Der TSV kann und sollte sich daran beteiligen und sein Angebot abgeben.
CDU/ANW	Ablehnung - Dem Tierschutzverein Potsdam und Umgebung e.V. wurde ein Gelände verkauft, um darauf eine Tierbetreuungseinrichtung und ein Tierheim zu errichten. Die von der LHP sicherzustellenden Aufgaben, wie z.B. die Fundtierbetreuung werden erfüllt, daher besteht aktuell kein Handlungsbedarf.
DieAndere	Annahme
AfD	In Umsetzung
Bündnis90/ DieGrünen	Annahme - Bau eines Tierheims mit Tierbetreuungseinrichtung begrüßen wir. Die Finanzierung einer Tierheiminvestition z.Z. nicht vertretbar. Vergabe der kommunalen Pflichtaufgaben ist noch nicht entscheidungsreif. Das Verfahren zur europaweiten Ausschreibung muss umgehend auf den Weg gebracht werden.
Bürger Bündnis- FDP	Ablehnung

Potsdamer Demokraten	Annahme - Der Verkauf des Sago-Geländes ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber damit ist noch kein Tierheim vorhanden.
----------------------	--

Eiche	Zur Kenntnis genommen
Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Golm	Zur Kenntnis genommen
Groß Glienicke	Zur Kenntnis genommen
Grube	Zur Kenntnis genommen
Marquardt	Annahme
Neu Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Satzkorn	Zur Kenntnis genommen
Uetz-Paaren	Zur Kenntnis genommen

Hauptausschuss	Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie eine zügige Einrichtung und Förderungen eines Potsdamer Tierheims stattfinden kann.“
Gesundheit, Soziales, Inklusion	-
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	Die Ausschussmitglieder sind im Ergebnis für diesen Antrag. Sie stimmen mit 6/0/0 einstimmig ab.
Stadtentw., Bauen, Verkehr	-
Kultur, Wissenschaft	-
Bildung und Sport	-
Jugendhilfe	-

Finanzausschuss	Prüfauftrag (5/0/0) „Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie eine zügige Einrichtung und Förderungen eines Potsdamer Tierheims stattfinden kann.“
Stadtverordnetenversammlung	Der Bürgervorschlag wird von der Stadtverordnetenversammlung als Prüfauftrag geändert beschlossen: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie eine zügige Einrichtung und Förderung eines Potsdamer Tierheims stattfinden kann.“

DS 14/SVV/1064

Nummer 7: Radfahren attraktiv und sicher machen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Vorgeschlagen wird das Radfahren in Potsdam attraktiv und sicher zu machen. Dazu braucht es:

- eine Entkoppelung von den vorrangig vom Autoverkehr geführten Straßen,
- ein Anpassung der Ampelphasen zur "Grünenwelle" auf Radfahrerschwindigkeit (25 km/h),
- Schnellfahrradweg mit Verbindung von Süd nach Nord,
- Trennung der Ampeln von Fußgängern und Radfahrern,
- mehr Fahrradabstellmöglichkeiten am Bahnhof und in der Innenstadt,
- ausreichend breite Markierungen, damit die Radfahrer einen guten Schutzraum erhalten (Bsp. Feuerbachstraße),
- Entschärfung der Gefahrenstelle für Radfahrer und Fußgänger am Landtag,
- glatter Radfahrstreifen auf Kopfsteinpflasterstraßen,
- Verbindung des Radweges zwischen der Lange Brücke am Anleger zur Speicherstadt und Richtung Hermannswerder mit Anschluss des Radweges Richtung Caputh.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2015/16 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 3473 Punkte, wurde unter der Nummer 7 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 3. Dezember 2014 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Im Januar 2014 hat die Stadtverordnetenversammlung das Stadtentwicklungskonzept (StEK) Verkehr mit dem Zielhorizont 2025 beschlossen (13/SVV/0741). Eins der wesentlichen Ziele des StEK Verkehr ist der weitere Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur. Derzeit erfolgt dazu die Fortschreibung des Radverkehrskonzepts aus dem Jahr 2008. Im Rahmen der Fortschreibung wird eine erneute Betrachtung des gesamtstädtischen Radverkehrsnetzes zur Aktualisierung der relevanten Haupt- und Nebenrouten des Radverkehrs durchgeführt. Ebenso werden dabei geeignete Radschnellrouten aus bzw. in das Potsdamer Umland geprüft und abgebildet.

Darauf aufbauend erfolgt für die Haupt- und Nebenrouten des Radverkehrs die Erarbeitung von konkreten Maßnahmen zur Optimierung und zum Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur. Unter anderem wird dabei überprüft, für welche Verkehrsbeziehungen zusätzliche Radverkehrsanlagen eine Radverkehrsführung abseits der maßgeblich vom Kfz-Verkehr notwendig sind, auf welchen Routen die vorhandenen Anlagen ggf. ausgebaut werden sollten oder auf welchen Abschnitten zusätzlich eine „Grüne Welle“ für den Radverkehr einzurichten ist. Auch die Beseitigung von Gefahrenstellen für den Radverkehr, wie z. B. fehlende Sicherheitsräume durch Einengungen bzw. Hindernisse oder unzureichende Sichtbeziehungen, stellt einen wichtigen Baustein des Radverkehrskonzepts dar. Darüber hinaus ist geplant, im Sommer 2015 eine Fahrradstation am Hauptbahnhof zu eröffnen. Diese soll zum einen zusätzliche Abstellmöglichkeiten bereitstellen und zum anderen eine sichere Abstellanlage für Radfahrer bieten. Auch im Bereich der Innenstadt werden derzeit Varianten zur Herstellung von zusätzlichen Fahrradabstellanlagen auf der Fahrbahn geprüft. Des Weiteren ist die Fortsetzung der Radverkehrsstrategie für Potsdam vorgesehen, welche eine jährliche Finanzierung von Radverkehrsmaßnahmen sichert.
Kosten der Umsetzung: Fortschreibung Radverkehrskonzept: 60.000 Euro, Umsetzung der prioritären Maßnahmen: ca. 1 Mio. Euro pro Jahr.

>> Aktualisierung November 2014: -

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto: 54100023.5221100 und die Investnummer: 0947000140103

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag:

328 Radfahren attraktiv machen!

Um Radfahren in Potsdam attraktiv zu machen braucht es: ausgebaute Radwege, Entkoppelung von den vorrangig vom Autoverkehr geführten Straßen, Ampelphasen zur "Grünenwelle" auf auf Radfahrgeschwindigkeit (25 km/h) anpassen, Schnellfahrradweg mit Verbindung von Südost nach Nordwest. Trennung der Ampeln von Fußgängern und Radfahrern - Ampeln mit extra Fahrradampel mit Gelbphase ausstatten, mehr Fahrradabstellmöglichkeiten am Bahnhof und Innenstadt. Einnahmen zur Umsetzung gibt es jetzt ausreichend mit den neuen Blitzeranlagen und der Parkgebührenordnung

329 Schnell-Fahrradwege von Nord nach Süd bauen

Qualität und Sicherheit der Radwege ausbauen, Schnellfahrradwege von Nord nach Süd bauen!

184 Mehr Radfahrstreifen/Markierung zur Sicherheit der Radler

Häufig kommt es zu gefährlichen Situationen zwischen Radfahrern und Autos bzw. Straßenbahnen. Gerade in der Friedrich-Ebert-Straße ist der Raum zwischen parkenden Autos, Tram/Bus und Radler sehr eng. Hier sollten ausreichend breite Markierungen vorgenommen werden, damit die Radfahrer einen guten Schutzraum erhalten. Ein weiteres Beispiel ist die Feuerbachstraße. Dort ist es genau so eng. Markierungen schaffen sicher auch dort Abhilfe.

268 Gefahrenstelle für Radfahrer und Fußgänger am Landtag entschärfen

Um die Gefahrenstelle für Fußgänger und Radfahrer am Landtag/Hotel Mercure zu entschärfen, sollte das "Rechtsfahrgebot" für Radfahrer auf der Langen Brücke durchgesetzt werden. - Also in Richtung Bahnhof den Radweg auf der rechten Brückenseite nehmen (am Hotel Mercure entlang) und stadteinwärts auf der Nordseite der Langen Brücke nur in einer Richtung am Landtag vorbei ins Stadtzentrum fahren. Wenn alle Verkehrsteilnehmer immer nur auf der jeweils rechten Seite fahren würden (und nicht entgegenkommen wie bisher) gibt es auch weniger Gefahrensituationen. Die Einhaltung dieser einfachen Verkehrsregel müsse natürlich regelmäßig kontrolliert werden.

542 Sicherheit für Radfahrer

Hinweis für Autofahrer auf vorfahrtesberechtigte Radfahrer, bevor sie die in die Anliegerstraße einbiegen habe selbst einen Unfall gesehen und schon mehrere Beinaheunfälle, nutze diesen Weg als Radfahrerin - wichtig wäre auch, den ersten Autoparkplatz an der Anliegerstraße zu sperren, um eine bessere Sicht für Auto- und Radfahrer zu gewährleisten. b) Um in der Innenstadt das Radfahren attraktiver zu machen, sollte auf den Kopfsteinpflasterstraßen ein glatter Streifen für Radfahrer eingebaut werden - wenn man Glasbehälter oder Eier am Rad transportiert hat man große Bedenken ob diese Dinge bei dem Geschüttel heil ankommen - das starke Rütteln birgt auch Gefahren beim Lenken des Rades.

296 Uferweg einrichten: Wasserwerk - Templiner Str.

Verbindung des Radweges zwischen der Langen Brücke unten am Anleger zur Speicherstadt und Richtung Hermannswerder mit Anschluss des Radweges Richtung Caputh. Das Ufer auf dem Wasserwerkgelände müsste dafür einen Fuß- und Radweg bekommen. Wenn die Uferpromenade über

das Wasserwerkgelänge, für Fuß- und Radverkehr, geöffnet wird, kann die Havel besser erlebt und die Radfahrer ohne den Berg Templiner Straße zu überwinden Richtung Caputh fast in Wasserniveau fahren! So könnten auch Familien mit Fahrradanhängern besser Touren südlich aus Potsdam beginnen, wenn auch nur bis zum Forsthaus Templin. Ein wichtiger Baustein für ein fahrradfreundliches Potsdam, in dem das Wasser auch vom Rad besser zu erleben ist. Wenn es dich Lichtverhältnisse zulassen sollten Ausgleichsmaßnahmen in Form von Obst-Halbstämmen auf der Wasserwerkseite erfolgen; z.B. Süßkirschen zum selber pflücken.

>> Stellungnahmen der Fraktionen, Ortsbeiräte, Fachausschüsse

Die Linke	Prüfauftrag - Zu prüfen sind die konkreten Maßnahmen, wie das Ziel, das Radwegenetz im gesamten Stadtgebiet weiter auszubauen, erreicht werden kann.
SPD	In Umsetzung - Wir teilen die Intention dieses Vorschlags und verweisen dafür auf das Radverkehrskonzept der LHP, seine Fortschreibung und seine jährliche Umsetzung.
CDU/ANW	In Umsetzung - Ein Ziel des StEK Verkehr ist der weitere Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur. Eine jährliche Finanzierung von Radverkehrsmaßnahmen ist gesichert.
DieAndere	Annahme
AfD	Prüfauftrag – Prüfung der jeweiligen Kosten und Sinnhaftigkeit der jeweiligen Aufträge.
Bündnis90/ DieGrünen	In Umsetzung - Grundsätzlich dienen die Mittel für den Radverkehr diesem Anliegen. Im Einzelnen sind diese Maßnahmen zu prüfen.
Bürger Bündnis- FDP	Ablehnung
Potsdamer Demokraten	In Umsetzung - Ein Ziel des StEK Verkehr ist der weitere Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur. Eine jährliche Finanzierung von Radverkehrsmaßnahmen ist gesichert. Die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen richtet sich nach einem Prioritätenplan, der gegebenenfalls im Sinne des Bürgerhaushalts zu verändern ist.

Eiche	Zur Kenntnis genommen
Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Golm	Zur Kenntnis genommen

Groß Glienicke	Zur Kenntnis genommen
Grube	Zur Kenntnis genommen
Marquardt	Annahme
Neu Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Satzkorn	Zur Kenntnis genommen
Uetz-Paaren	Zur Kenntnis genommen

Hauptausschuss	-
Gesundheit, Soziales, Inklusion	-
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	Folgender Prüfauftrag wird zur Abstimmung gestellt: „Welche Maßnahmen sind geeignet und sind umsetzbar?“ (5/1/0).
Stadtentw., Bauen, Verkehr	Der SBV-Ausschuss verständigt sich darauf, den Antrag in einen Prüfauftrag umzuwandeln. Hier erfolgt Zustimmung mit 6/0/0 mit dem Verweis, dass dem Anliegen im Radverkehrskonzept grundsätzlich gefolgt wird.
Kultur, Wissenschaft	-
Bildung und Sport	-
Jugendhilfe	-

Finanzausschuss	Umwandlung in einen Prüfauftrag (6/0/0): „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Prüfung des folgenden Bürgervorschlags vorzunehmen: ...“
Stadtverordnetenversammlung	Der Bürgervorschlag wird von der Stadtverordnetenversammlung als Prüfauftrag geändert beschlossen: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Prüfung des folgenden Bürgervorschlags vorzunehmen: ...“

DS 14/SVV/1065

Nummer 8: Erhalt und Förderung des 'Extavium'

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das wissenschaftliche Mitmachmuseum „Extavium“ ist als integraler Bestandteil der Bildungslandschaft und äußerst attraktives Ausflugsziel ein Magnet für die Bürger und die Besucher der Stadt Potsdam. Das Extavium wird bisher nicht institutionell gefördert. Daher wird vorgeschlagen, dem „Extavium“ finanzielle Mittel per anno zur Verfügung zu stellen, welche zum Beispiel mit den Mietlasten korrespondieren.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2015/16 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 3327 Punkte, wurde unter der Nummer 8 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 3. Dezember 2014 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Das „Extavium“ ist eine lobenswerte private Initiative, die derzeit nicht durch die Landeshauptstadt Potsdam institutionell gefördert wird. Eine Förderung wäre gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Refinanzierung der Schulentwicklungsplanung von der allgemeinen Entwicklung der Höhe der freiwilligen Aufgaben abhängig. Es besteht allerdings die Möglichkeit für das Extavium selbst, bei der Landeshauptstadt Potsdam bis zum 30.11.2014 einen Antrag auf Projektförderung in 2015 zu stellen.

>> Aktualisierung November 2014:

In der Stadtverordnetenversammlung am 05.11.2014 wurde die Anfrage 14/SVV/0997 „Extavium“ durch die Stadtfraktion DIE LINKE eingebracht und durch die Verwaltung beantwortet. Die Anfrage bezog sich auf die zukünftige Standortsuch des Extavium`s. Konkrete Vorstellungen, wo das Extavium zukünftig untergebracht werden könnte, gibt es seitens der Verwaltung nicht. Zwischenlösungen wie das Rechenzentrum oder eine leere Etage in der FH Potsdam sind nicht zielführend. Erforderlich sind Standorte mit längerfristiger Perspektive. Finanzielle Mittel sind dafür im Haushalt nicht geplant.

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto: -

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag:

202 Erhalt / Förderung des "Extavium"

Das wissenschaftliche Mitmachmuseum Extavium ist als integraler Bestandteil der Bildungslandschaft und äußerst attraktives Ausflugsziel ein Magnet für die Bürger und die Besucher der Stadt Potsdam. Das Extavium wird nicht

institutionell gefördert und erhält keinerlei Mittel aus Richtung der Bildungsverantwortlichen. Die attraktiven Inhalte und Angebote zu erhalten und stets weiterzuentwickeln generiert ein dafür notwendiges Maß an Aufwendungen. Wenn als einzige Einnahmequelle des Extaviums der Pro-Kopf-Erlös bei den Besuchern (50-70.000 Besucher pro Jahr) zur Verfügung steht, kann dies prinzipiell nicht kostendeckend sein. Die Besucher akzeptieren Preise, welche nicht den Vollkosten entsprechen, was bei einem Bildungsangebot auch gar nicht verwundert. Das Engagement der Gesellschafter sowie die Bereitschaft der Mitarbeiter, ehrenamtlich respektive unterbezahlt im Extavium zu arbeiten, war seit Beginn der Aktivitäten (2005) die Grundlage des Extaviums. Diese Basis ist nicht länger auf diese Weise und in diesem Umfang belastbar. Daher wird vorgeschlagen, dem Extavium finanzielle Mittel per anno zur Verfügung zu stellen, welche zum Beispiel mit den Mietlasten korrespondieren.

>> **Stellungnahmen der Fraktionen, Ortsbeiräte, Fachausschüsse**

Die Linke	Annahme - Dazu ist zu klären, welche konkrete Unterstützung erforderlich ist und wie die Stadt dem entsprechen kann.
SPD	Prüfauftrag - Wir teilen die Auffassung dieses Vorschlags, dass das extavium eine tolle Einrichtung und Magnet für Besucher und Einwohner Potsdams ist. Es soll geprüft werden, welche Möglichkeiten die LHP oder eines ihrer Unternehmen haben könnte, das Mitmach-Museum zu unterstützen.
CDU/ANW	Ablehnung - Das Projekt „Extavium“ ist - wie viele andere auch - ein interessantes und zu begrüßendes privates Projekt, für das die Betreiber einen Antrag auf Projektförderung stellen können. Im Rahmen der Abwägung ist dann darüber zu befinden.
DieAndere	Annahme
AfD	In Umsetzung
Bündnis90/ DieGrünen	Annahme - Extavium spielt für die naturwissenschaftliche Bildung eine unverzichtbare Rolle, Förderung i.H.v. 150.000 Euro/a soll geplant werden. / Deckung: allgemeine Minderung der Ausgaben für Dienstleistungen um ca. 3,75 %, Kontengruppe 5291; bisher geplant jährlich etwa 4 Mio. Euro

Bürger Bündnis- FDP	Prüfauftrag
Potsdamer Demokraten	Ablehnung - Das Projekt „Extavium“ ist - wie viele andere auch - ein interessantes und zu begrüßendes privates Projekt, für das die Betreiber einen Antrag auf Projektförderung stellen können. Im Rahmen der Abwägung ist dann darüber zu befinden.

Eiche	Zur Kenntnis genommen
Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Golm	Zur Kenntnis genommen
Groß Glienicke	Zur Kenntnis genommen
Grube	Zur Kenntnis genommen
Marquardt	Annahme
Neu Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Satzkorn	Zur Kenntnis genommen
Uetz-Paaren	Zur Kenntnis genommen

Hauptausschuss	-
Gesundheit, Soziales, Inklusion	-
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	-
Stadtentw., Bauen, Verkehr	-
Kultur, Wissenschaft	Ungeändert beschlossen (5/0/2)
Bildung und Sport	Ungeändert beschlossen (1/0/4)
Jugendhilfe	-

Finanzausschuss	Prüfauftrag - (3/0/2) Der Oberbürgermeister wird beauftragt, „Lösungen zu suchen, wie das Extavium erhalten werden kann.“
Stadtverordnetenversammlung	Der Bürgervorschlag wird von der Stadtverordnetenversammlung als Prüfauftrag geändert beschlossen: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Lösungen zu suchen, wie das Extavium erhalten werden kann.“

DS 14/SVV/1066

Nummer 9: Kostenlose Nutzung Öffentlicher Nahverkehr

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In Potsdam sollte die kostenlose Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs ermöglicht werden. Hierbei werden unterschiedliche Herangehensweisen vorgeschlagen: Kostenlose Nutzung der Straßenbahnen, kostenlose Nutzung des Nahverkehrs für Seniorinnen und Senioren (bspw. über 75 Jahren) oder Schülerinnen und Schüler (Transfer vom Heimweg zur Schule) oder die kostenlose Nutzung in bestimmten Bereichen, wie der Innenstadt. Dieser Anreiz würde die chaotische Verkehrslage und Potsdams Straßen deutlich entlasten.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2015/16 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 2770 Punkte, wurde unter der Nummer 9 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 3. Dezember 2014 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Tarifgestaltung sowie die künftige Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs ist seit Jahren Gegenstand von Hinweisen und Vorschlägen verschiedenster Gremien und Foren. Im Bürgerhaushalt 2013/14 wurde der Vorschlag „Neugestaltung des Öffentlichen Nahverkehrs“ eingereicht. Im Zuge der anschließenden politischen Diskussion erfolgte der Beschluss zu Gründung einer Arbeitsgruppe, welche den Denkansatz des „Ticketfreien ÖPNV“ für die Landeshauptstadt Potsdam berät. Daraufhin wurde eine externe, vertiefende Untersuchung vorgeschlagen, welche sich in folgende Themenblöcke gliedert: Erfahrungen und Entwicklungsstände anderer Städte und Gemeinden; verkehrliche Wirkung eines fahrscheinlosen ÖPNV; Finanzierungsformen und rechtliche Rahmenbedingungen. Innerhalb der Untersuchung sollen Aussagen zur Übertragbarkeit und Umsetzbarkeit einzelner Aspekte bereits praktizierter Beispiele auf die Landeshauptstadt Potsdam sowie zu daraus entstehenden Vor- und Nachteilen bzw. Potentialen und Risiken getroffen werden.

Der zweifellos hohen Attraktivitätssteigerung für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel sowie kostenfreien Zugang alle Bevölkerungsteile, unabhängig von Einkommenssituation oder Lebenslage, stünden enorme Mehrbelastungen für die Landeshauptstadt Potsdam gegenüber. Die Fahrgeldeinnah-

men sind zum Erhalt der Betriebsangebot aus heutiger Sicht zwingend erforderlich. Ein Verzicht auf diese Einnahmen kann unter den bestehenden Bedingungen nur durch Angebotsreduzierungen oder Erhöhung der städtischen Zuschüsse kompensiert werden. Gleiches gilt auch im Falle der geforderten, unentgeltlichen Beförderung von Schülern und Senioren. Neben der Zustimmung des Verkehrsverbundes, ist auch hier ein Ausgleich für die sich ergebenden Einnahmeverluste zu leisten. Die genaue Höhe des Fehlbetrages müsste detailliert ermittelt werden. Es wird angemerkt, dass für Kinder von 6 bis einschließlich 14 Jahren bereits verschiedene, deutlich ermäßigte Angebote im bestehenden Tarifsysteem vorgehalten werden. Hervorzuheben ist hierbei das gesondert vergünstigte Schülerticket Potsdam AB. Im häufig gewählten Abo-Verfahren beträgt der Jahresbetrag bei monatlicher Zahlweise 236,70 Euro und liegt damit 129,30 Euro 35% unter der Umweltkarte für das gleiche Tarifgebiet. Auch für Senioren werden bereits zum heutigen Zeitpunkt deutlich rabattierte Angebote wie das VBB-Abo 65plus, ein Angebot für Fahrgäste ab 65 Jahre oder älter, vorgehalten.

Kosten der Umsetzung:

Durch die Einführung dieser fahrscheinlosen Beförderung, würden die durch die Stadt zu tragenden Kosten des ÖPNV deutlich ansteigen. So betragen die Fahrgeldeinnahmen auf dem Tarifgebiet der Landeshauptstadt Potsdam in 2013 ca. 21 Mio. Euro. Hinzu kämen entfallene Ausgleichszahlungen nach § 62 SchwG sowie der Betriebskostenausgleich an „fremde“ Verkehrsunternehmen. Die zusätzlichen Kosten müssten neben dem derzeit bestehenden Zuschüssen durch den Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam finanziert werden. Zeitnah entstünden der Landeshauptstadt Potsdam im Falle einer fahrscheinlosen Beförderung zusätzliche enorme Mehrkosten zur Bewerksstellung der notwendigen Ersatzinvestitionen in Infrastruktur und Fuhrpark, da mit erhöhten Fahrgastzahlen zu rechnen ist (i.H.v. etwa 30 Prozent).

>> Aktualisierung November 2014: -

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto: -

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag:

89 Kostenlose Nutzung Strassenbahn (Tram)

Die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs entlastet die chaotische Verkehrslage in Potsdam. Insbesondere die Straßenbahn/Tram kann zur Entlastung der Strassen deutlich beitragen. Daher sollte als besonderer Anreiz die Nutzung der Strassenbahn/Tram kostenlos sein.

120 Kostenloser Nahverkehr für Potsdamer

Vorgeschlagen wird ein kostenloser Nahverkehr für Potsdamerinnen und Potsdamer in Potsdam.

640 Kostenloser Nahverkehr für Potsdam

Es sollte in Potsdam einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr geben.

671 Kostenloser Nahverkehr für Senioren

Wann endlich können ältere Bürger (bspw. über 75 Jahre) kostenlos den ÖPNV nutzen (zB ab 9 Uhr). Viele dieser "Alten" würden ihre Autos stehen lassen und somit zur Entlastung der Umwelt und des Verkehrs beitragen. Diesen Vorschlag habe ich schon vor Jahren gemacht und trotz Platz 2 im Bürgerhaushalt, wurde dieser abgelehnt.

523 Kostenfreie Nutzung des ÖPNV für alle Schüler Potsdams

Damit Schüler und Familien in Potsdam ihrer Schulpflicht nachkommen können, sollte der Transfer vom Wohnort bis zur Schule kostenfrei sein. Wer auf Bus und Bahn angewiesen ist, da der Schulweg mehrere Kilometer lang ist, wird per Satzung dazu gezwungen ein Schülerticket zu kaufen, das eine Mehrbelastung von ca. 240 € im Jahr mit sich bringt. Die Einführung eines kostenfreien Linientickets würde jedem Familienhaushalt entlasten. Sie sehe die familienfreundlichste Stadt aus.

172 Kostenloser Nahverkehr für Innenstadt (Park&Ride)

In der Innenstadt Potsdams sollte der kostenlose öffentliche Nahverkehr ermöglicht werden. Neben älteren Bürgerinnen und Bürgern würde dieser sicherlich auch von vielen anderen Nutzerinnen und Nutzern gut angenommen werden. Gerade für die City sollte es deshalb auch verstärkt „Park&Ride-Angebote“ geben. Die Parktickets könnten dann gleichzeitig Fahrtickets in den Innenstadt-Bereichen von Bus und TRAM genutzt werden. Dafür müssten aber auch entsprechende Parkzonen am Rande der Innenstadt errichtet werden. Potsdamer würden mit Ausweis kostenlos fahren können.

>> Stellungnahmen der Fraktionen, Ortsbeiräte, Fachausschüsse

Die Linke	Prüfauftrag - Es ist zu prüfen, wie man sich dem Ziel stufenweise nähern kann.
SPD	Ablehnung - Der „ticketfreie ÖPNV“ wird seit vielen Jahren diskutiert und auch eingehend geprüft, gerade auf Anre-

	gung aus dem Bürgerhaushalt. Als Problem bleibt hier immer bestehen, dass Potsdam Teil des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) ist, der eine abgestimmte Tarif- und Verkehrspolitik seiner Mitglieder vertritt. Ein Potsdamer Alleingang ist schon aus dieser Sicht nicht möglich. Als zweites Problem müssen die Kosten angeführt werden. Der Erlös der Ticketverkäufe müsste komplett von der Stadt übernommen werden (in 2013 ca. 21 Mio. Euro). Das sehen wir als nicht machbar an.
CDU/ANW	Ablehnung - Es gibt bereits zahlreiche Tarifmaßnahmen, die die Nutzung des ÖPNV attraktiv machen. Die Möglichkeit, die Nutzung kostenfrei zu ermöglichen wurde und wird weiterhin geprüft. Die bisherigen Ergebnisse sahen so aus, dass eine kostenfreie Nutzung derzeit finanziell nicht umgesetzt werden kann.
DieAndere	Annahme - Nulltarif im ÖPNV verursacht langfristig keine Mehrkosten, sondern vermeidet Auto-Verkehr. Dadurch entsteht ein großer Nutzen für Bund, Land, Stadt und Dritte. Eine detaillierte Aufstellung hat DIE aNDERE bereits 2008 in der Broschüre „Busse und Bahnen kostenlos“ vorgelegt.
AfD	Ablehnung – Nicht realisierbar.
Bündnis90/ DieGrünen	Prüfauftrag - Die Einführung eines ticketfreien ÖPNV ist unser ausdrückliches Ziel. Die bislang betriebenen Untersuchungen dazu sind weiterzuführen und zu qualifizieren.
Bürger Bündnis- FDP	Annahme
Potsdamer Demokraten	Ablehnung - Es gibt bereits zahlreiche Tarifmaßnahmen, die die Nutzung des ÖPNV attraktiv machen. Die Möglichkeit, die Nutzung kostenfrei zu ermöglichen, wurde und wird weiterhin geprüft. Die bisherigen Ergebnisse sahen so aus, dass eine kostenfreie Nutzung auf absehbare Zeit finanziell nicht umgesetzt werden kann.

Eiche	Zur Kenntnis genommen
Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Golm	Zur Kenntnis genommen
Groß Glienicke	Zur Kenntnis genommen

Grube	Zur Kenntnis genommen
Marquardt	Ablehnung
Neu Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Satzkorn	Zur Kenntnis genommen
Uetz-Paaren	Zur Kenntnis genommen

Hauptausschuss	Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen: „Es ist zu prüfen, wie man sich dem Ziel (Kostenlose Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs) stufenweise nähern kann.“ (8/4/5)
Gesundheit, Soziales, Inklusion	-
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	Für einen Prüfauftrag votieren 3 Ausschussmitglieder, für eine Ablehnung votieren 3 Ausschussmitglieder.
Stadtentw., Bauen, Verkehr	Der SBV-Ausschuss lehnt den Antrag mit 4 Stimmen ab, da die Umsetzung nicht für realisierbar gehalten wird.
Kultur, Wissenschaft	-
Bildung und Sport	-
Jugendhilfe	-

Finanzausschuss	Der Antrag wird abgelehnt. (3/3/0)
Stadtverordnetenversammlung	Der Bürgervorschlag wird von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt .

DS 14/SVV/1067

Nummer 10: Kostenlose Essensversorgung in Kitas/Schulen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Eine Grundvoraussetzung für die Entwicklungsfähigkeit eines Kindes ist eine gesunde und ausgewogene Ernährung. Um Chancengleichheit für alle Kinder zu ermöglichen, ist es zwingend erforderlich eine kostenlose Essensversorgung in Kitas und Schulen anzubieten.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2015/16 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 2633 Punkte, wurde unter der Nummer 10 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 3. Dezember 2014 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Schule: Hinsichtlich des Mittagessens für Schülerinnen und Schüler ist diese Maßnahme bereits umgesetzt. Die in der Landeshauptstadt Potsdam gültige Härtefallregelung ermöglicht es den Eltern, das Mittagessen an den Schul- und Hortbesuchstagen kostenlos in Anspruch zu nehmen. Hierfür sind im Jahr 2015 insgesamt 121.000 Euro vorgesehen. Für ein kostenloses Frühstück müssten zusätzliche Mittel für die sächlichen, räumlichen und personellen Voraussetzungen bereitgestellt werden, für die es keine Deckung gibt. Gleichmaßen können Eltern ihren Kindern einen guten Start in den Schultag mit einem ausgewogenen Frühstück auch von zu Hause aus ermöglichen.

Kita: Das Essen in einer Kindertagesbetreuungseinrichtung kostenfrei anzubieten lässt sich mit dem Kita-Gesetz nicht vereinbaren. Laut § 17 Abs. 1 Satz 1 KitaG haben Personensorgeberechtigten auch einen Zuschuss zur Versorgung des Kindes mit Mittagessen in Höhe der durchschnittlich ersparten Eigenaufwendungen zu entrichten. Nicht die Herstellungskosten sind dabei der Maßstab, sondern die Aufwendungen, die die Personensorgeberechtigten dadurch einsparen, dass ihre Kinder in einer Kindertagesbetreuungseinrichtung zu Mittag essen. In den Gesamtwert fließen Rohmaterial, Grundstoffe, Energie und Be- und Entsorgung ein, nicht jedoch Personalkosten. Der tatsächliche Durchschnitt berechnet sich nach den ersparten Eigenaufwendungen aller Nutzer der Kindertagesbetreuungseinrichtung. Hier ist es wichtig, dass besonders teure und aufwendige Verpflegungsansätze ebenso unberücksichtigt bleiben müssen, wie sehr einfache Ansätze. Die Höhe der „häuslichen Ersparnis" ist nicht gesetzlich festgelegt. Als Orientierung kann von daher folgend die Festlegung der häuslichen Ersparnis dienen, die durch das Landesamt für Soziales und Versorgung für anerkannte teilstationäre Integrationskindertagesstätten getroffen wurde, nämlich 1,50 Euro pro Mittagessen. Für die Beauftragung einer Catering-Firma mit der Mittagessenversorgung muss das Einverständnis der Eltern/ Personensorgeberechtigten vorliegen. Frühstücks- und Vespermahlzeiten sind im § 17 KitaG nicht erwähnt. Bei einem Betreuungsumfang von mehreren Stunden, sind jedoch auch diese Mahlzeiten zum Versorgungsauftrag zu zählen. Aus

dem Fehlen der Sonderregelung ergibt sich eindeutig, dass die für diese Zwischenmahlzeiten anfallenden Kosten als regulärer Teil der Betriebskosten anzusehen sind und insofern bereits im Elternbeitrag Berücksichtigung finden, so dass für diesen Teil der Versorgung nach dem Willen des Gesetzgebers im Land Brandenburg kein zusätzliches Entgelt verlangt werden kann.

Kosten der Umsetzung:

Für das kostenlose Mittagessen in Härtefällen an Schulen und Horten an Schultagen sind folgende Aufwendungen vorgesehen: 2015: 121.000 Euro, 2016: 130.500 Euro. Die Ermittlung der Aufwendungen für das kostenlose Frühstück in Schulen ist auf Grund der Komplexität der notwendigen sächlichen, räumlichen und personellen Voraussetzungen derzeit nicht möglich.

>> Aktualisierung November 2014: -

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto:
 Schule: 243000.5429100 (für „Härtefälle“)
 Kita: 3650200.5317100 und 3650200.5318100

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag:

422 Kostenlose Essensversorgung (Frühstück, Mittag) in Kitas u. Schulen
 Eine Grundvoraussetzung für die Entwicklungsfähigkeit eines Kindes ist eine gesunde und ausgewogene Ernährung. Nur mit regelmäßigen Mahlzeiten ist es möglich konzentriert dem Unterricht zu folgen und zu lernen. Da z.T. Kinder- und Jugendliche ohne Frühstück in die Kitas bzw. Schule kommen und auch das Mittagessen für einige Familien zu teuer ist, sollte an dieser Stelle eingegriffen werden. Um Chancengleichheit für alle Kinder zu ermöglichen, ist es zwingend erforderlich eine kostenlose Essensversorgung in Kitas und Schulen anzubieten.

>> Stellungnahmen der Fraktionen, Ortsbeiräte, Fachausschüsse

Die Linke	Annahme
SPD	Ablehnung - Potsdam ermöglicht den Familien und Kindern, die für ein Schulessen nicht aufkommen können, ein kostenfreies Mittagessen – mit der Härtefallregel innerhalb der Satzung über die Schulspeisung, auf unkompliziertem Wege.

	zierten Antrag hin und mit diskretem Antragsverfahren in den Schulen. Das Mittagessen in den Kitas ist laut Kita-gesetz § 17 anteilig kostenpflichtig; das liegt nicht im Er-messen der Landeshauptstadt.
CDU/ANW	Ablehnung - Es werden bereits zahlreiche Lösungen an-geboten, die soziale Aspekte und Härtefälle berücksichti-gen. Es liegt auch in der Verantwortung der Eltern, ihren Kindern ein ordentliches Frühstück bereitzustellen. Die Notwendigkeit, die bisherige Regelung zu verändern wird nicht gesehen.
DieAndere	Annahme - Die entstehenden Kosten können durch den deutlichen gesundheitspolitischen Nutzen einer gesunden Ernährung und den Abbau bürokratischer Genehmi-gungsverfahren ausgeglichen werden.
AfD	Ablehnung – Bei einem jährlichen finanziellen Aufwand von ca. 10 Mio. Euro nicht realisierbar (vgl. Kleine Anfrage 14/SVV/1161)
Bündnis90/ DieGrünen	Ablehnung - Eine Gleichbehandlung aller Kin-der, ungeachtet ihrer sozialen Herkunft und Lage halten wir nicht für angemessen. Eine Beteiligung der Eltern entsprechend ihrer Lei-stungsfähigkeit soll beibehalten werden.
Bürger Bündnis- FDP	Ablehnung
Potsdamer Demokraten	Ablehnung - Es sind bereits zahlreiche Lösun-gen vorhanden, durch die die sozialen Aspekte und Härtefälle berücksichtigt werden. Es liegt auch in der Verantwortung der Eltern, ihren Kin-dern ein ordentliches Frühstück bereitzustellen. Die Notwendigkeit, die bisherige Regelung zu verändern, wird nicht gesehen.

Eiche	Zur Kenntnis genommen
Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Golm	Zur Kenntnis genommen
Groß Glienicke	Zur Kenntnis genommen
Grube	Zur Kenntnis genommen
Marquardt	Annahme
Neu Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Satzkorn	Zur Kenntnis genommen
Uetz-Paaren	Zur Kenntnis genommen

Hauptausschuss	-
Gesundheit, Soziales, Inklusion	-
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	-
Stadtentw., Bauen, Verkehr	-
Kultur, Wissenschaft	-
Bildung und Sport	ungeändert beschlossen (3/0/2)
Jugendhilfe	abgelehnt

Finanzausschuss	Ablehnung (2/3/0)
Stadtverordnetenversammlung	Der Bürgervorschlag wird von der Stadt-verordnetenversammlung abgelehnt .

DS 14/SVV/1068

Nummer 11: Kitagebühren senken und Beitragsordnung anpassen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Gebühren in Potsdam sind enorm für berufstätige Eltern. Durch eine Senkung der Beiträge kann die Stadt Potsdam die Lebenssituation vieler Familien verbessern und auch den wichtigen Schritt in Richtung kinder- und familienfreundlichsten Stadt Deutschlands gehen. Erstens sollte die Bemessung nicht nach dem Bruttogehalt berechnet werden und zweitens sollten Sondervergütungen (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, etc.) nicht mitgezählt werden. In anderen Bundesländern zahlt man mittlerweile ab dem dritten Kitajahr nichts mehr. Das Ungleichgewicht zwischen benachbarten Kommunen Berlin und Potsdam könnte man durch die Senkung der Betreuungskosten endlich geringfügig abmildern. Und nicht nur in Berlin sind die Betreuungskosten geringer, selbst in Michendorf, Saarmund und vielen weiteren benachbarten Landkreisen.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2015/16 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 2239 Punkte, wurde unter der Nummer 11 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenom-

men und am 3. Dezember 2014 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Potsdam ist sehr kinderfreundlich und verfügt im Vergleich zu anderen Städten oder Kommunen über ausreichende Anzahl von Kita-/Krippenplätzen. Die Landeshauptstadt Potsdam ist gemäß Stadtverordnetenbeschluss (13/SVV/0664) gehalten, die Beitragsdeckelung ab einem Jahreseinkommen von mehr als 77.000 Euro (Brutto) zum 01.01.2015 aufzuheben. Daneben wird beabsichtigt, nicht nur die Einkommensgrenze nach oben zu verändern, sondern gemeinsam mit allen Verantwortungsträgern eine gerechte und sozialverträgliche Elternbeitragsordnung zu entwickeln, die die Besonderheiten der Landeshauptstadt berücksichtigt. Auch die Verbindung zwischen Qualität des Angebotes und des realisierbaren Beitrags wird in der neuen Beitragsordnung berücksichtigt.

Aktualisierung November 2014:

Elternbeiträge sollen grundsätzlich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Beitragszahler im Rahmen der Sozialverträglichkeit berücksichtigen. Die Elternbeitragsordnung ist zwischen den Jahren 2003 und 2013 nicht verändert worden. Zum 01.01.2014 wurde die Beitragsfreiheitsgrenze auf 12.500 € angehoben.

Generell keine Beiträge zu erheben, würde mit der gesetzlichen Verpflichtung des § 17 (1) KitaG kollidieren. Träger haben grundsätzlich die Wahl, Elternbeiträge auf der Grundlage des Brutto- oder auch des Nettoeinkommens festzusetzen. In der Landeshauptstadt Potsdam fiel die Entscheidung auf die Bruttovariante. Da bei der Bruttovariante nur noch Werbungskosten bzw. Betriebsausgaben abgezogen werden müssen, ist dieses Verfahren mit erheblich weni-ger Aufwand verbunden und für die Vielzahl der unterschiedlichen individuellen Erfordernisse gerechter.

Vielmehr gilt es entsprechend der Entwicklung, die Beiträge sozialverträglich zu gestalten. Sowohl die Kosten eines Kita-Platzes, als auch die Einkommen verändern sich. Eine Analyse dieser Veränderungen sollte kontinuierlich erfolgen. Zu empfehlen ist, alle zwei Jahre eine Anpassung vorzunehmen. Gemäß Stadtverordnetenbeschluss (13/SVV/0664) ist die Landeshauptstadt im ersten Schritt gehalten, die Beitragsdeckelung von derzeit 77.000 € aufzuheben. Es ist darüber hinaus beabsichtigt, nicht nur die Einkommensgrenze nach oben zu verändern, sondern gemeinsam mit allen Beteiligten eine gerechte und sozialverträgliche Regelung unter Beachtung der Verbindung zwischen Qualität des Angebotes und des realisierbaren Beitrags zu entwickeln. Mit einem Inkrafttreten zum Kita-Jahr 2015/2016 (01.08.2015) wird gerechnet.

Kosten der Umsetzung:

Mit dem Doppelhaushalt 2015/16 wird der Zuschuss der Landeshauptstadt Potsdam (Ausgaben minus Einnahmen) auf rund 55 Mio. Euro pro Jahr für die Kindertagesbetreuung steigen. Jede Verringerung der Kitagebühren würde diesen Zuschussbedarf erhöhen.

Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto:

>> Aktualisierung November 2014: -

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto: 3650200.5317100 und 3650200.5318100

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag:

271 Elternbeitragsordnung Kita und Tagespflege

Die Gebühren in Potsdam sind enorm für berufstätige Eltern. Nicht allein, dass die Mieten kaum noch tragbar sind, da werden die Berufstätigen auch noch bei der Betreuung ihrer Kinder ordentlich abgezockt. Erstens sollte die Bemessung nicht nach dem Bruttogehalt berechnet werden und zweitens sollten Sondervergütungen (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, etc.) nicht mitgezählt werden. Das wäre schon mal ein Anfang. In anderen Bundesländern zahlt man mittlerweile ab dem 3. Kitajahr nichts mehr. Durch eine Senkung der Beiträge kann die Stadt Potsdam die Lebenssituation vieler Familien verbessern und auch den wichtigen Schritt in Richtung kinder- und familienfreundlichsten Stadt Deutschlands gehen. Kitagebühren senken, damit die Eltern wieder mehr in der Tasche haben, um ihren Kindern in ihrer Freizeit, die ihnen nach dem Arbeiten noch bleibt, mehr bieten zu können, da in Potsdam vieles auch sehr teuer ist. Das Ungleichgewicht zwischen benachbarten Kommunen Berlin und Potsdam könnte man durch die Senkung der Betreuungskosten endlich mal geringfügig abmildern. Und nicht nur in Berlin sind die Betreuungskosten geringer, selbst in Michendorf, Saarmund und vielen weiteren benachbarten Landkreisen. Die ersten Jahre im Leben eines Kindes sind für den weiteren Bildungsweg entscheidend. Der Besuch der Krippe / des Kindergartens ist dabei ein wichtiger Baustein und da sollten nicht die berufstätigen Eltern geschöpft werden.

>> **Stellungnahmen der Fraktionen, Ortsbeiräte, Fachausschüsse**

Die Linke	Annahme - Das Grundanliegen muss in die sich bereits in
-----------	---

	Überarbeitung befindlichen Kita- Beitragsordnung aufgenommen werden.
SPD	Annahme / Prüfung - Wir teilen die Intention des Vorschlags, setzen uns für eine Entlastung von Familien ein und wollen eine sozial gerechtere Elternbeitragsordnung. Mit der neuen Beitragsordnung sollen wenig verdienende Eltern weiter entlastet werden, in dem die Gebührenfreiheit von 12.000 auf 17.000 Euro angehoben wird. Aber wir wollen auch die mittleren Einkommensgruppen deutlich entlasten. Deshalb haben wir dafür plädiert, die Einkommensgrenze für den Höchstsatz nicht mehr bei 77.000 Euro enden zu lassen, sondern nach oben weiter zu staffeln. Das führt zu einer solidarische Belastung der wirklich hohen Einkommensgruppen zugunsten der Mitte der Gesellschaft. Hier wollen wir eine Beitragsentlastung.
CDU/ANW	In Umsetzung - Die Elternbeitragsordnung wird überarbeitet. Die Beiträge sollen sich an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Eltern orientieren, müssen jedoch sozial verträglich und begründbar sein, ohne einzelne Gruppen zu benachteiligen.
DieAndere	In Umsetzung
AfD	In Umsetzung – Kitagebührensatzung bereits in Bearbeitung.
Bündnis90/ DieGrünen	In Umsetzung - Mit der für 2015 vorgesehenen Anpassung der KITA-Finanzierungsrichtlinie und der Elternbeitragsordnung soll diesem Anliegen entsprochen werden.
Bürger Bündnis- FDP	Ablehnung
Potsdamer Demokraten	In Umsetzung - Die Elternbeitragsordnung wird überarbeitet. Die Beiträge sollen sich an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Eltern orientieren, müssen jedoch sozial verträglich und begründbar sein, ohne einzelne Gruppen zu benachteiligen.

Eiche	Zur Kenntnis genommen
Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Golm	Zur Kenntnis genommen
Groß Glienicke	Zur Kenntnis genommen
Grube	Zur Kenntnis genommen

Marquardt	Kitagebühren senken: Nein Beitragsordnung anpassen: Ja
Neu Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Satzkorn	Zur Kenntnis genommen
Uetz-Paaren	Zur Kenntnis genommen

Hauptausschuss	-
Gesundheit, Soziales, Inklusion	-
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	-
Stadtentw., Bauen, Verkehr	-
Kultur, Wissenschaft	-
Bildung und Sport	-
Jugendhilfe	Umwandlung in einen Prüfauftrag

Finanzausschuss	Vorschlag wurde als "bereits in Umsetzung" beschlossen (vgl. Änderungsliste der Koop. zum Doppelhaushalt 2015/16 - 3/0/2)
Stadtverordnetenversammlung	Der Bürgervorschlag wird von der Stadtverordnetenversammlung als „Bereits in Umsetzung“ geändert beschlossen.

DS 14/SVV/1069

Nummer 12: Mehr Sauberkeit in Potsdam (Mülleimer, Werbekampagne)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Gefordert wird mehr Sauberkeit in Potsdam. Dazu sollten folgende Möglichkeiten genutzt werden:

1. Mehr krähensichere Papierkörbe (in Babelsberg und Waldstadt),
2. Häufigerer Leerungsrhythmus,
3. Finanzielle Beteiligung „müllintensiverer“ Unternehmen (McDonalds),
4. Werbekampagne zur Müllvermeidung,
5. Mehr Hundekot-Stationen in Potsdam.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2015/16 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 1972 Punkte, wurde unter der Nummer 12 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 3. Dezember 2014 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Derzeit sind in der Landeshauptstadt ca. 400 Papierkörbe und 30 sogenannte „Hundetoiletten“ (Abfallbehälter mit Tütenspender) im Bereich öffentlicher Verkehrsflächen aufgestellt. Dazu kommen noch Behälter im Bereich öffentlicher Grünflächen sowie an Haltestellen.

Durch die Landeshauptstadt Potsdam erfolgt zurzeit eine Überprüfung aller Papierkorb- und Hundetoiletten-Standorte im gesamten Stadtgebiet. Dabei wird u. a. geprüft, inwieweit die vorhandenen Standorte bedarfsgerecht sind, den entsprechenden Zweck erfüllen (Bauart) und ob es Bedarfe für neue Standorte gibt. Hierdurch soll eine effektivere und kontinuierliche Leerung und Wartung der Anlagen ermöglicht und somit die Sauberkeit der Stadt erhöht werden. Dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 14/SVV/0345 folgend, werden erste Ergebnisse der Bestandsanalyse im Dezember 2014 vorliegen. Die endgültige Analyse und daraus notwendige Handlungsbedarfe sollen bis Mai 2015 vorliegen. Erst danach kann ermittelt werden, welche finanziellen Aufwendungen erforderlich sind, wie eine zeitliche Einordnung (2015 bis 2016) erfolgen kann und welche Möglichkeiten der Beteiligung privater Dritter (Sponsoring) möglich sind. Eine Beteiligung „müllintensiver“ Unternehmen kann nur auf freiwilliger Basis erfolgen. Nach Vorliegen des vorgenannten Konzeptes wird es auch ggf. Gespräche mit den Unternehmen zur freiwilligen Beteiligung geben.

Zu den Aufgaben des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers zählt u.a. auch die Abfallberatung und Öffentlichkeitsarbeit. Die Bürger erhalten bereits kontinuierlich Informationen, wie Abfälle vermieden werden und wie nicht vermeidbare Abfälle ordnungsgemäß entsorgt werden können. Diese Informationen erhalten die Bürger u.a. über die Presse, über Informationsmaterialien, die an die Haushalte verteilt werden oder bei Aktionen wie z.B. beim „Geben und Nehmen Markt“.

>> Aktualisierung November 2014: -

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto: 5450100

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag:

697 Mehr Sauberkeit in Potsdam (Mülleimer, Kampagne)

Gefordert werden mehr krähensichere Papierkörbe für das gesamte Stadtgebiet Potsdams. Sowohl in der Innenstadt als auch in Babelsberg (Gartenstraße) gibt es Straßen, in denen kein einziger Mülleimer steht. Bei der Neuanschaffung von Papierkörben sollte auf eine krähensichere Ausführung geachtet werden. Das würde Personalkosten für Aufräumarbeiten sparen und die Stadt würde in manchen Bereichen nicht so dreckig aussehen. Daneben sollte es einen häufigeren Rhythmus der Leerung der Mülleimer geben. Dabei sollten „müllintensivere“ Unternehmen (bspw. McDonalds) mit zur Kasse gebeten bzw. zur Unterstützung herangezogen werden. Eine weitere Möglichkeit zur Sensibilisierung wäre es, eine Werbekampagne zur Müllvermeidung zu starten. Damit sollte der Appell, weniger Einwegverpackungen zu nutzen, transportiert werden und generell für Müllvermeidung geworben werden.

95 Mülleimer für Hundekottüten

Ich spreche hier für eine von vielen Hundebesitzern, die gern bereit sind das Stadtbild zu verbessern, indem wir den Unrat unserer Tiere beseitigen. Allerdings fehlen hierfür in vielen Teilen Potsdams, insbesondere in den Randbezirken (ich selbst wohne am Stern), die Entsorgungsmöglichkeiten für den Kot unserer Tiere. Aus diesem Grund werden viele "Haufen" einfach liegen gelassen. Dies kann ich zum Teil auch nachvollziehen, denn wer möchte gern mit einer vollen Kottüte in der Hand eine Stunde spazieren gehen?! Zudem bin ich der Meinung, dass die im Vergleich sehr hochgesetzte Hundesteuer in Potsdam, für solche Angelegenheiten genutzt werden sollte! Daher befürworte ich das Aufstellen von Mülleimern sowie natürlich auch dessen regelmäßige Entleerung.

326 Fehlende Mülleimer in der Waldstadt II

In der Waldstadt II, rund um "Zum Kahleberg", werden die Mülleimer leider immer weniger. Teilweise steht nur noch das Gerüst, der dazu gehörende Behälter wurde auf welche Weise auch immer entfernt. Steigt man an der Straßenbahnhaltestelle "Zum Kahleberg" aus und läuft die Straße zum Wald entlang, fehlen auf diesem Weg alle (!) einstigen Mülleimer. Lediglich in einigen Querstraßen kann man hier und da noch welche entdecken. Für ein solch relativ großes Stadtgebiet sind es trotz allem zu wenige. Wenn man dann die vielen Hunde und deren Hinterlassenschaften bedenkt, gibt es kaum Möglichkeiten, die entsprechend Beutelchen "fachgerecht" zu entsorgen. Deswegen wäre vielleicht auch das Aufstellen einer entsprechenden "Hundetoilette" vorteilhaft. Diese könnte zeitgleich ihren eigentlichen Zweck erfüllen und gleichzeitig als eine Art Erinnerung/Mahnung dienen. Der Vorschlag

zum Bürgerhaushalt wäre daher, die kaputten Mülleimer zu reparieren bzw. neue Mülleimer aufzustellen, damit unser Stadtteil weiterhin so schön bleiben kann.

>> Stellungnahmen der Fraktionen, Ortsbeiräte, Fachausschüsse

Die Linke	Annahme - Schrittweise Umsetzung entsprechend der Möglichkeiten der jeweils verantwortlichen- STEP, Ordnungsamt, Bereich Grünflächen und Gewerbetreibende
SPD	Prüfauftrag - Als Prüfauftrag stimmen wir dem gern zu.
CDU/ANW	In Umsetzung - Der Antrag steht im Zusammenhang mit der DS 14/SVV/1060 Ordnungsgelder erhöhen. Die Sauberkeit in der Stadt wird immer wieder kritisiert und sollte verbessert werden. Diese Forderung wird unterstützt. Derzeit wird eine Analyse erstellt. Daraus soll der notwendige Handlungsbedarf abgeleitet werden.
DieAndere	In Umsetzung - Der Vorschlag benennt für Pkt. 2 leider keine konkreten Stadtgebiete. Wir sprechen uns dafür aus, dass die Anwohner*innen beteiligt werden, bevor die Straßenreinigung verstärkt und die Kosten umgelegt werden.
AfD	Prüfauftrag – Hinsichtlich Kosten / Nutzen.
Bündnis90/ DieGrünen	Prüfauftrag - Zu prüfen ist, in welchem Verhältnis Aufwand und Nutzen stehen. Die Heranziehung „müllintensiver“ Unternehmen könnte u.U. durch geeignete Abschnittsbildung der zu reinigenden Straßen erreicht werden.
Bürger Bündnis- FDP	In Umsetzung
Potsdamer Demokraten	In Umsetzung - Der Antrag steht im Zusammenhang mit der DS 14/SVV/1060 Ordnungsgelder erhöhen. Die Sauberkeit in der Stadt wird immer wieder kritisiert und sollte verbessert werden. Diese Forderung wird unterstützt. Derzeit wird eine Analyse erstellt. Daraus soll der notwendige Handlungsbedarf abgeleitet werden.

Eiche	Prüfauftrag
Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Golm	Zur Kenntnis genommen
Groß Glienicke	Zur Kenntnis genommen

Grube	Zur Kenntnis genommen
Marquardt	Annahme
Neu Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Satzkorn	Zur Kenntnis genommen
Uetz-Paaren	Zur Kenntnis genommen

Hauptausschuss	-
Gesundheit, Soziales, Inklusion	-
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	Die Ausschussmitglieder stimmen einstimmig für einen Prüfauftrag.
Stadtentw., Bauen, Verkehr	-
Kultur, Wissenschaft	-
Bildung und Sport	-
Jugendhilfe	-

Finanzausschuss	Prüfauftrag - (3/1/1) Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Prüfung des folgenden Bürgervorschlags vorzunehmen: ...
Stadtverordnetenversammlung	Der Bürgervorschlag wird von der Stadtverordnetenversammlung als Prüfauftrag geändert beschlossen: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Prüfung des folgenden Bürgervorschlags vorzunehmen: ...“

DS 14/SVV/1070

Nr. 13: Volkspark erhalten und ausbauen und Wohnqualität erhalten

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Volkspark muss in seinen Umfängen inkl. Biophäre erhalten bleiben und sollte sportlich ausgebaut werden, zum Beispiel durch die Schaffung eines Baseballfeldes. Bisher gibt es davon nur eines in Potsdam. Es sollte im Park mehr Sitzecken geben. Man kann auch über Kneippbäder nachdenken. Es gibt im Potsdamer Norden immer weniger Spielplätze und Freiflächen durch eine maßlose Bebauung. Die Parkplätze werden immer weniger. Hier findet momentan eine Zerstörung der Wohnqualität statt.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2015/16 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 1872 Punkte, wurde unter der Nummer 13 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 3. Dezember 2014 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Grenzen des Volksparks wurden 1997 in einem landschafts-planerisch-städtebaulichen Ideenwettbewerb für die Bundesgartenschau 2001 festgelegt und dann durch den Bebauungsplan „Park im Bornstedter Feld" gesichert. Auf Flächen, die bereits vor der BUGA 2001 für eine spätere Wohnbebauung vorgesehen waren, wurden Zwischennutzungen angelegt. Wo diese an anderen Orten im Park dauerhaft integriert werden können, soll Anfang 2015 der Stadtverordnetenversammlung vorgestellt werden. Zur weiteren Nutzung der Biosphäre wird zurzeit eine Entscheidungsgrundlage erarbeitet.

Für die Fläche südlich der Biosphäre wurde die Aufstellung eines B-Plans für eine Wohnbebauung beschlossen. Wirtschaftlich betrachtet dient dies der Finanzierung von Spielplätzen, Kitas und Schulen. Generell werden für alle neuen Wohngebiete auch neue Spielplätze geschaffen.

Für den Volkspark liegt ein durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossenes Bewirtschaftungskonzept vor. Ein Ausbau von Sport- und Freizeitangeboten für einen begrenzten Kreis an Nutzern würde der breiten Öffentlichkeit Flächen entziehen.

Parkplätze sind im öffentlichen Straßenraum nachgewiesen. Der Ausbau des öffentlichen Straßennetzes erfolgt parallel zur weiteren Bebauung. Der private Stellplatzbedarf wird auf privaten Grundstücken gedeckt.

>> Aktualisierung November 2014:

Wenn entgegen der bestehenden Beschlusslage sowie der Kosten- und Finanzierungsübersicht für die Entwicklungsmaßnahme Bornstedter Feld zusätzliche Aufwendungen für Maßnahmen finanziert werden sollen, die ihren Bedarf nicht im Entwicklungsbereich haben, so müssen entsprechende Querfinanzierungen aus dem Investitionsprogramm der Landeshauptstadt gesichert werden. Deckungsquellen können hierfür nicht angeboten werden.

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto: -

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag:

57 Volkspark erhalten und ausbauen / Wohnqualität erhalten

Der Volkspark muss in seinen Umfängen incl. Biophäre erhalten bleiben und sollte sportlich ausgebaut werden. Sportflächen werden in Potsdam dringend benötigt. Hier wäre es sinnvoll auch mal über eine "neue" Sportart nachzudenken. Zum Beispiel das Schaffen eines Baseballfeldes. Bisher gibt es davon nur eines in Potsdam. Es sollte im Park mehr Sitzecken geben. Man kann auch über Kneippbäder nachdenken. Es gibt im Potsdamer Norden immer weniger Spielplätze und Freiflächen durch eine maßlose Bebauung. Die Parkplätze werden immer weniger. Hier findet momentan einer Zerstörung der Wohnqualität statt.

>> Stellungnahmen der Fraktionen, Ortsbeiräte, Fachausschüsse

Die Linke	Prüfauftrag - Es soll geprüft werden, welche konkreten Maßnahmen, auch mit Blick auf die künftige Nutzung der Biosphäre, eingeleitet werden können, um eine bessere Nutzung der Freiflächen für die aktive Erholung zu erreichen.
SPD	Prüfauftrag - Der Intention des Antrages zu entsprechen soll bei der weiteren Planung und Bebauung und insbesondere bei den Überlegungen zur Zukunft der Biosphäre beachtet werden. Dichte und Höhe der jetzt folgenden Bebauung verändern den Wohncharakter des Bornstedter Feldes stark. Das sorgt ebenso wie mangelnde soziale Infrastruktur für Besorgnis bei den Menschen. Deshalb muss geprüft werden, welche sportlichen, sozialen und soziokulturellen Nutzungen umgesetzt werden können.
CDU/ANW	Ablehnung - Der Volkspark hat sich zu einer attraktiven Freizeiteinrichtung für Anwohner und Potsdamer entwickelt, welche jährlich bis zu 400.000 Besucher zählt. Die Bedeutung des Parks als Erholungs- und Freizeitfläche wird bei einer zu erwartenden Verdoppelung der Anwohnerzahlen im Entwicklungsbereich Bornstedter Feld eine immer größere Bedeutung erlangen. Eine Verkleinerung der jetzigen Parkflächen wird die derzeitige Nutzung und Bedeutung des Parks für die gesamte Bevölkerung Potsdams beeinträchtigen. Für die CDU/ANW-Fraktion wäre der Erhalt des Volksparks in seiner jetzigen Größe wün-

	schenswert. Derzeit wird jedoch keine realistische Möglichkeit gesehen, auf die Bebauung westlich der Georg-Herrmann-Allee zu verzichten.
DieAndere	Annahme - DIE aNDERE unterstützt die Forderung, Volkspark und Biosphäre zu erhalten und zu einem modernen Sportpark für den Freizeitsport weiter zu entwickeln. Zugunsten dringend benötigter Flächen z.B. für den Bau einer Skaterhalle oder eines Fußballplatzes sollte die geplante Wohnbebauung überprüft werden.
AfD	Ablehnung – Durch die Verbindung Volkspark und Biosphäre muss der Antrag abgelehnt werden. Beide Themenbereiche sind getrennt voneinander zu betrachten.
Bündnis90/ DieGrünen	Ablehnung - B-Plan ist umzusetzen; Biosphäre bedarf einer wirtschaftlichen Umnutzung
Bürger Bündnis- FDP	Ablehnung
Potsdamer Demokraten	Ablehnung - Der Antrag ist in vorliegender Form zu umfangreich und deshalb nicht zustimmungsfähig.

Eiche	Zur Kenntnis genommen
Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Golm	Zur Kenntnis genommen
Groß Glienicke	Zur Kenntnis genommen
Grube	Zur Kenntnis genommen
Marquardt	Annahme
Neu Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Satzkorn	Zur Kenntnis genommen
Uetz-Paaren	Zur Kenntnis genommen

Hauptausschuss	Ablehnung (0/13/4)
Gesundheit, Soziales, Inklusion	-
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	Die Ausschussmitglieder votieren einen Prüfauftrag „wie dem Anliegen entsprochen werden kann.“ (5/1/0)
Stadtentw., Bauen, Verkehr	Der SBV-Ausschuss lehnt den Antrag mit 5 Stimmen ab.
Kultur, Wissenschaft	-
Bildung und Sport	-
Jugendhilfe	-

Finanzausschuss	Die Vorlage wird abgelehnt. (1/3/2)
Stadtverordnetenversammlung	Der Bürgervorschlag wird von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt .

DS 14/SVV/1072

Nr. 14: Hort- / Freizeitbetreuung für Kinder mit geistiger Behinderung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Es wird die professionelle Schulschluss- und Freizeitbetreuungen für Kinder mit geistiger Behinderung vorgeschlagen. Ziel ist die Entlastung der Familien und der Teilhabe der Kinder am allgemeinen Leben. Bisher fehlt der Blick auf das große Ganze. Eine gute Förderung und Inklusion für geistig behinderte Kinder - besonders an den Nachmittagen - kann helfen, ein höheres Maß an Selbstständigkeit zu erlangen. Das bedeutet später ein geringerer Hilfebedarf.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2015/16 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 1801 Punkte, wurde unter der Nummer 14 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 3. Dezember 2014 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Landeshauptstadt verfügt über ein gut ausgebautes Netz an sozialer Infrastruktur, auch für Menschen in besonders schwierigen Lebenslagen. An den Grund- sowie weiterführenden Schulen werden diesbezüglich im Rahmen der Ganztagsangebote und Inklusionsprogramme sozial benachteiligte Familien und deren Kinder besonders gefördert. Die Zuständigkeiten für den Erhalt von Leistungen sind auf Grund von Bundes- und Landesgesetzgebung oft gesplittet. Die Wege für die Leistungsempfänger sind daher häufig aufwendig (Begutachtungen- Gesundheitsämter, Behindertenausweise-Landesversorgungsämter, Kindergeld- und Elterngeldstellen etc.). Informationsmaterialien und bereits installierte Dienste, wie Familienwegweiser, Kita-Broschüre, Grundschul-Broschüre, Kita-Tipp, Baby-Begrüßungsdienst, Netzwerk gesunde Kinder u.v.m. bieten schon jetzt einen begleitenden

Rahmen. Konkrete Ansprechpartner sind auf der Internetseite www.potsdam.de nachlesbar.

Ein großer Schritt auf dem Weg zu inklusiven Bildungseinrichtungen ging mit dem „Kindertagesstätten-Anpassungsgesetz“ (Wirksamkeit 1. Januar 2014) einher. Grundschulkinder mit Behinderungen können demnach ohne Zusatzkosten der Eltern im Hort betreut werden. Das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung darf somit nicht nach der Schule enden, sondern soll sich durch alle Lebens- und Lernbereiche ziehen. Der Hort spielt hier eine zentrale Rolle. Neben der Finanzierung und Personalausstattung muss jedoch an der Sensibilisierung und Qualifizierung von Pädagogen, Kindern und Jugendlichen, Eltern, Bürger/innen, Mitarbeiter/innen in Behörden und bei freien Trägern gearbeitet werden, um den behindertengerechten Erfordernissen und Ausstattungen Rechnung zu tragen. Die zuständigen Verantwortungsträger in der Landeshauptstadt Potsdam befinden sich gemeinsam auf einem guten Weg. Neben den Fachleuten sind Hinweise von betroffenen Eltern von äußerster Wichtigkeit.

>> Aktualisierung November 2014: -

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto:
3650200.5317100 und 3650200.5318100

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag:

318 Schulanschluss- und Freizeitbetreuung (für Kinder mit dem Förderschwerpunkt geistige Behinderung)

Wer fragt sich in der Stadt, wo die Kinder sind, die eine geistige Behinderung haben? Obwohl die Schulen voll sind, sieht man diese Kinder auf keinem Spielplatz. Es gibt zudem keine Horte, keine Jugendclubs, keine Sportvereine. Mit wem spielen diese Kinder am Nachmittag? Wo treffen sie Freunde und Gleichgesinnte? Wie sollen sie das ganz gewöhnliche Leben lernen, wenn sie es nicht erleben dürfen? Wer fragt sich, wie einsam diese Kinder sind? Und die Eltern! Sie sind gezwungen, an den Nachmittagen und Wochenenden, Freunde, Kumpels und Spielgemeinschaften zu ersetzen, als bräuchten sie zu ihrem eigentlichen Leben und der besonderen Pflegetätigkeit keine Erholungsphasen. Schulen mit Förderschwerpunkten gelten als Ganztagschulen, als wenn um 15.00 Uhr der Tag zu Ende sein würde. Für die Eltern bedeutet dieses, jeden Tag um 15.00 Uhr zu Hause sein zu müssen. Welcher Arbeitgeber lässt das zu? Was ist es dann mit dem Recht der Familie, für ihren Lebensunterhalt eigenständig aufkommen zu können? Sie werden in den Hilfebezug gezwungen = produzierter Fachkräftemangel! Darf

man Familien das antun, wenn sie doch bereit wären zu arbeiten und für sich zu sorgen? In der Schwangerschaft wird einem nahegelegt, ein Kind auszutragen, auch wenn der Verdacht einer Behinderung besteht. Es werden Möglichkeiten der Hilfe in den Raum gestellt. Es wird einem aber nicht gesagt, dass diese Hilfen nur fiktiv sind und man allein auf sich gestellt ist. Eine Antwort auf all dies: Professionelle Schulanschluss- und Freizeitbetreuungen für diese Kinder mit dem Ziel der Entlastung der Familien und der Teilhabe der Kinder am allgemeinen Leben. Inclusion findet in dem Rahmen statt, dass die Kindergruppen gemeinsam in professioneller Begleitung das Umfeld erkunden und dabei erlernen. Sie erobern für sich Spielplätze, Einkaufszentren, Öffentliche Verkehrsmittel, Jugend- und Sportclubs und die Natur. Sie lernen, was ihnen keine Schule beibringen kann. Sie sehen und werden gesehen. Man lernt sich kennen und tolerieren. Für ihre Zukunft könnte es im besten Fall bedeuten, dass sie viel selbstständiger in der Stadt leben können, gesellschaftliche Vorgaben viel besser akzeptieren und umsetzen. Ein Miteinander wäre viel leichter.

Was oft fehlt ist der Blick auf das große Ganze. Mit jeder Entscheidung gibt es bekanntlich bestimmte Effekte, die mitschwingen und entgegenwirken. Am Beispiel der Schulanschlussbetreuung für Kinder mit Behinderung könnte man es wie folgt erklären: Diese Betreuung kostet Geld. Will man sie qualitativ gut umsetzen, sogar viel Geld. Aber was kostet es, wenn sie nicht da ist? Berufsunfähigkeit der Eltern - ALG II mit den Folgen der fehlenden Altersversorgung... allein das mal hochzurechnen bei nur 100 Haushalten ergibt eine enorme Summe. In einer Familie mit behinderten Kindern gibt es nachweislich eine höhere Trennungsrate. Infolge dessen auch Erkrankungen an Depressionen zw. diverse Überforderungssymptomaten = Kosten wegen Arbeitsunfähigkeit bzw. für Gesundheitszwecke. Auch weiß man, dass diese Familien für Auffälligkeiten bei Geschwisterkinder predestiniert sind. Diese bekommen dann auch Hilfen, Hilfen zur Erziehung ect. Eine gute Förderung für die geistig behinderten Kinder auch bzw. besonders an den Nachmittagen kann helfen, ein höheres Maß an Selbstständigkeit zu erlangen. Das bedeutet später ein geringerer Hilfebedarf.

Fazit - ein intakte Familie kostet weniger Geld, also die Familien unterstützen, auf dass sie sich selber helfen können. Betrachtet man das Große Ganze und nicht nur die offenliegenden Investitionen dann merkt man schnell, dass man mit den entsprechenden Angeboten Geld spart.

Konkreter Vorschlag: Bereich Jug und Soz in diesem Zusammenhang zusammen agieren lassen, denn auch behinderte Kinder sind Kinder und keine Pflegegegenstände!!!

>> Stellungnahmen der Fraktionen, Ortsbeiräte, Fachausschüsse

Die Linke	Annahme - Diese Betreuungslücke muss unbedingt geschlossen werden. Die dafür aufzuwendenden Mittel sind aus den Haushalten des Bereiches Kinder, Jugend und Familie und Soziales, ggf. in Zusammenarbeit mit den Krankenkassen darzustellen.
SPD	In Umsetzung - Mit dem Beschlussantrag 14/SVV/0182, Schulanschlussbetreuung für Jugendliche mit Behinderungen, der im ersten Quartal 2015 in den Fachausschüssen beraten wird, ist dieser Arbeitsauftrag erteilt: Dafür zu sorgen, dass Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen in Potsdam angeboten werden. Hier geht es insbesondere um die Koordinierung und Vernetzung aller Akteure und möglichen Hilfen.
CDU/ANW	In Umsetzung - Das Anliegen ist zweifellos berechtigt. Die DS 14/SVV/1082 Schulanschlussbetreuung für Jugendliche mit Behinderung, fordert ein Konzept für die Schaffung einer Einrichtung für die Ferien- und Schulanschlussbetreuung von Jugendlichen mit Behinderungen zur Verwirklichung von Inklusion. Der vorliegende Antrag sollte in diesem Zusammenhang beraten werden.
DieAndere	Annahme - Das Anliegen unterstützen wir. Allerdings werden auch bedarfsgerechte Freizeitbetreuungsangebote für körperlich Behinderte und für Erwachsene benötigt.
AfD	Prüfauftrag - 1. Welche Angebote bestehen und 2. Wo kann zeitnah nachgebessert werden?
Bündnis90/ DieGrünen	Annahme - Die Fraktion verfolgt mit einem eigenen Antrag die Einführung eines Pilotprojekts für behinderter Kinder
Bürger Bündnis- FDP	Annahme
Potsdamer Demokraten	In Umsetzung - Das Anliegen ist zweifellos berechtigt. Die DS 14/SVV/1082 Schulanschlussbetreuung für Jugendliche mit Behinderung, fordert ein Konzept für die Schaffung einer Einrichtung für die Ferien- und Schulanschlussbetreuung von Jugendlichen mit Behinderungen zur Verwirklichung von Inklusion. Der vorliegende Antrag sollte in diesem Zusammenhang beraten werden.

Eiche	Zur Kenntnis genommen
Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Golm	Zur Kenntnis genommen
Groß Glienicke	Zur Kenntnis genommen
Grube	Zur Kenntnis genommen
Marquardt	Annahme
Neu Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Satzkorn	Zur Kenntnis genommen
Uetz-Paaren	Zur Kenntnis genommen

Hauptausschuss	-
Gesundheit, Soziales, Inklusion	ungeändert beschlossen (7/0/0)
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	-
Stadtentw., Bauen, Verkehr	-
Kultur, Wissenschaft	-
Bildung und Sport	-
Jugendhilfe	Der Vorschlag wird als in Umsetzung bewertet.

Finanzausschuss	Vorschlag wurde als "bereits in Umsetzung" beschlossen (vgl. Änderungsliste der Koop. zum Doppelhaushalt 2015/16 - 3/0/2)
Stadtverordnetenversammlung	Der Bürgervorschlag wird von der Stadtverordnetenversammlung als „Bereits in Umsetzung“ geändert beschlossen.

DS 14/SVV/1073

Nummer 15: Bessere Planung des Öffentlichen Nahverkehrs

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Vorgeschlagen wird eine verbesserte Planung des öffentlichen Nahverkehrs unter Einbeziehung folgender Hinweise:

1. Einrichtung einer direkten Busverbindung von Eiche/Golm und Bornim

2. Bessere Anbindung Eiche an den öffentlichen Nahverkehr, bspw. über eine Busspur
3. Nachtverkehr: Verbindungen auch nach 20 Uhr aufrechterhalten
4. Anschlüsse des Potsdamer Öffentlichen Nahverkehrs an das Bahnnetz verbessern
5. Busse 609 und 695 zukünftig über Jägerallee fahren lassen
6. Busse 605 und 606 im engeren Stadtgebiet unterschiedliche Routen fahren lassen (bspw. über Friedenskirche)
7. Nahverkehr von und nach Marquardt: werktags halbstündig, am Wochenende stündlich

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2015/16 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 1506 Punkte, wurde unter der Nummer 15 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 3. Dezember 2014 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Ein Teil der Vorschläge wird zum Fahrplanwechsel im Dezember 2014 umgesetzt (direkte Busverbindung von Eiche/Golm nach Bornim/Bornstedt (612), Buslinie 695 durch die Jägerallee). Eine Verkehrsuntersuchung zum neuen Eicher Wohngebiet zeigte kein Erfordernis einer Busspur. Auf den am meisten frequentierten Verkehrslinien wird abends bis mindestens 0:30 Uhr ein 20-Minutentakt (an die S-Bahn angepasst) angeboten. Ein solches Angebot ist in Deutschland beispielhaft. Die Anschlussgestaltungen am Hauptbahnhof sind als Kompromiss zwischen kurzer Reisezeit und ausreichender Umsteigezeit gestaltet und können nicht allen Fahrgästen gerecht werden. Die bereits 2010 - 2011 vorhandene getrennte Linienführung der Linien 605/606 musste wegen stark ungleicher Fahrzeugbesetzung wieder rückgängig gemacht werden. Die Fahrgastnachfrage in Potsdam-West ist weitestgehend stärker ausgeprägt. Die Friedenskirche wird durch die Linie 695 im 20-Minutentakt (Haltestelle Luisenplatz-Nord) und im Sommer im gleichen Takt durch die Linie X15 bedient. Marquardt ist durch eine Buslinie (614) und eine RB-Linie (21) insgesamt zweimal je Stunde mit dem Stadtzentrum verbunden und damit gegenüber dem Nahverkehrsplan überdurchschnittlich angebunden.

>> Aktualisierung November 2014:

Über die in der Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam vermerkten Anpassungen hinaus sind keine weiteren Handlungsoptionen vorhanden. Die Ausgestaltung des Fahrplanes nach den städtischen Vorgaben des beschlossenen Nahverkehrsplanes obliegt dem Verkehrsbetrieb (ViP). Deckungsquellen für Mehrleistungen sind nicht vorhanden, da die verfügbaren finanziellen Mittel für den ÖPNV durch den zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und der ViP geschlossenen Verkehrsleistungs- und Finanzierungsvertrag gebunden sind.

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto: -

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag:

197 Bessere Anbindung Potsdam Golm/Eiche - Berlin

1. Bessere Anbindung Potsdam Eiche mit öffentlichen Nahverkehr, Busspur - wenn das neue Wohngebiet in der Kaiser-Friedrich-Str. (hinter Netto) fertig ist steht der Bus nur im Stau. 2. Direkte Busverbindung von Eiche/Golm nach Bornim/Bornstedt (Jetzt muss man von Eiche/Golm in die Innenstadt und dann wieder zurück nach Bornim/Bornstedt)

71 Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs (Abendstunden, Anschluss-Verbindung, Streckenführung)

1. Viele Verbindungen werden ab ca. 20.00 Uhr auf Studententakt umgestellt oder ganz eingestellt. Dies ist für eine Landeshauptstadt beschämend, da einige Ziele für ältere Menschen nicht mehr erreichbar sind, bzw. nur noch mit Taxi und dies kann sich leider nicht jeder leisten. / 2. Die Anschlüsse von der Bahn zum ÖPNV in Potsdam sind verbesserungsfähig. Wenn schon abends die Busse nur noch alle Stunde fahren, sollten sie so am Bahnhof abfahren, dass wenigstens der Anschluß vom RE 1 garantiert wird. Der RE 1 kommt um 5 Minuten nach voll an, die Busse fahren um 10 nach. Für den Bahnhof Potsdam gilt: es wird gerannt, denn leider hat auch der RE 1 meist 2-3 Minuten Verspätung und dann erreicht ein älterer Mensch die Verbindung nicht mehr. Warum fahren diese Busse nicht um 15 Minuten nach voll? Diese 5 Minuten treffen niemanden und weitere Umstiegmöglichkeiten, sprich Anschlüsse müssen diese Busse auch nicht erreichen. / 3. Fast alle Linien zum Bahnhof fahren parallel, nämlich durch die Friedrich Ebert Str. am Rathaus vorbei. Zur Zeit ist es richtig gut, da durch die Baustelle in der Friedrich Ebert Str. nur die Straßenbahnen fahren und die Busse durch die Jägerallee. Man sollte dies wenigstens für 2 Linien beibehalten. Mein Vorschlag ist 609 und 695. / 4. Ähnliches gilt für die Linien 605 und 606, die innerhalb des engeren Stadtgebietes auf der gleichen Strecke nach Golm

fahren. Vor drei Jahren fuhr einer der Busse über die Haltestelle Friedenskirche und damit eine Abweichung, die gut genutzt wurde. Nun wird die Friedenskirche - außer im Sommer am Wochenende - nur noch stündlich oder am Wochenende im 3-4 Stunden Takt angefahrenen.

154 Bessere Verkehrsanbindung Marquardt
Wesentliche Verbesserung der öffentlichen Verkehrsanbindung für Marquardt. Vorgeschlagen wird halbstündiger Verkehr von Bus und Bahn werktags und mindestens stündlicher Verkehr am Wochenende!

>> Stellungnahmen der Fraktionen, Ortsbeiräte, Fachausschüsse

Die Linke	Annahme - Zugestimmt wird dem Grundsatz der besseren Planung des ÖPNV. Welche konkreten Änderungen vorgenommen werden, sollte auf der Grundlage von Kundenbefragungen usw. ermittelt werden.
SPD	Prüfauftrag - Dieser Bürgerhaushaltsantrag soll dem Verkehrsbetrieb ViP übergeben werden zur Prüfung. Die Ergebnisse sollen im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beraten werden.
CDU/ANW	Annahme - Soweit die Vorschläge beim Fahrplanwechsel im Dezember 2014 nicht berücksichtigt wurden, sind sie auf Realisierungsmöglichkeiten zu prüfen.
DieAndere	Annahme - Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob das Nahverkehrskonzept (Taktzeiten) in allen Stadtteilen eingehalten wird.
AfD	Prüfauftrag
Bündnis90/ DieGrünen	Prüfauftrag - Der Vorschlag soll zur Prüfung an den VIP weitergeleitet werden.
Bürger Bündnis- FDP	Ablehnung
Potsdamer Demokraten	Prüfauftrag - Soweit die Vorschläge beim Fahrplanwechsel im Dezember 2014 nicht berücksichtigt wurden, sind sie auf Realisierungsmöglichkeiten zu prüfen. Grundsätzlich ist jedoch eine bessere Einbindung der betroffenen Nutzer des ÖPNV in die Veränderungen beim Fahrplan und bei der Linienführung zu fordern.

Eiche	Prüfauftrag
Fahrland	Zur Kenntnis genommen

Golm	Annahme
Groß Glienicke	Zur Kenntnis genommen
Grube	Zur Kenntnis genommen
Marquardt	Annahme
Neu Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Satzkorn	Zur Kenntnis genommen
Uetz-Paaren	Zur Kenntnis genommen

Hauptausschuss	Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine verbesserte Planung der öffentlichen Nahverkehrs unter Einbeziehung folgender Hinweise zu prüfen: ...“ (Herr Dr. Scharfenberg bittet, in der Niederschrift festzuhalten, dass die Fraktion DIE LINKE die ursprüngliche Fassung des Vorschlags befürworte.)	
Gesundheit, Soziales, Inklusion	-	
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	Der KOUL-Ausschuss votiert einstimmig zur Umwandlung in einen Prüfauftrag.	
Stadtentw., Bauen, Verkehr	Der SBV-Ausschuss befürwortet mit 6/0/0 die Umwandlung in einen Prüfauftrag an den Verkehrsbetrieb Potsdam.	
Kultur, Wissenschaft	-	
Bildung und Sport	-	
Jugendhilfe	-	

Finanzausschuss	Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen verständigen sich darauf, den Antrag in einen Prüfauftrag („Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Prüfung des folgenden Bürgervorschlages vorzunehmen:“) umzuwandeln. (6/0/0)
Stadtverordnetenversammlung	Der Bürgervorschlag wird von der Stadtverordnetenversammlung als Prüfauftrag geändert beschlossen: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine verbesserte Planung der öffentlichen Nahverkehrs unter Einbeziehung folgender Hinweise zu prüfen: ...“

DS 14/SVV/1074

Nummer 16: Bessere Ausstattung, Technik und Medien an Schulen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für den optimalen Unterricht wünschen sich Potsdamer Schüler/innen dringend eine bessere Ausstattung ihrer Schulen insbesondere mit Technik und neuen Medien.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2015/16 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 7500 Punkte, wurde unter der Nummer 16 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 3. Dezember 2014 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 04.09.2013 (13/SVV/0302) wurde der Oberbürgermeister beauftragt, den Bedarf und den zeitlichen Einsatz digitaler Medien in den Potsdamer Schulen in einem Masterplan festzuschreiben, den dafür notwendigen Zeitraum und die Kosten zu ermitteln. Der Masterplan IT wurde der Stadtverordnetenversammlung am 02.04.2014 vorgelegt (14/SVV/0302). Er ist die Grundlage für die weitere Ausstattung der Schulen mit Technik und neuen Medien.

Grundsätzlich schätzt die Landeshauptstadt Potsdam die technische Ausstattung der Schulen der Landeshauptstadt Potsdam als innovativ und zeitgemäß ein.

Um alle Schulen auch zukünftig einheitlich qualitativ und quantitativ hochwertig mit entsprechender Technik auszustatten, wurden durch die Landeshauptstadt Potsdam Grundstandards erarbeitet. Die Ausstattung wird durch Leasing für 54 Monate finanziert und beinhaltet: PC-Systeme mit Betriebssystem der Schulverwaltungs-bereiche und Office-Programm / PC-Kabinette mit Betriebssystem und Office-Programm / Notebooks mit Betriebssystem und Office-Programm / Server mit Betriebssystem / Time for Kids Router inkl. Webcontentfilter und Antivirus.

Die nicht im Leasingumfang enthaltende Netzwerk-, Präsentations- und Drucktechnik, wie z. B. Digitale Schwarze Bretter, Interaktive Tafeln, Projektoren, Multifunktionsdrucker und weitere Medientechnik werden aus Mitteln der Ersatzbeschaffung oder aus den Schulbudgets finanziert. Ferner werden

alle zutreffenden Förderprogramme, z. B. EFRE-MEP und EFRE-LuBk geprüft und genutzt.

Kosten der Umsetzung:

Leasing: 2014 - 2021: 301.000 Euro - 1,08 Mio. Euro. Investitionsmittel 110.000 Euro pro Jahr (Masterplan IT Pkt. 5 und 6)

>> Aktualisierung November 2014: -

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto: -

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag:

322 Bessere Ausstattung, Technik und neue Medien an Potsdamer Schulen
Für den optimalen Unterricht wünschen sich Potsdamer Schüler/innen dringend eine bessere Ausstattung ihrer Schulen insbesondere mit Technik und neuen Medien. Während der Informationstour durch zahlreiche Potsdamer Schulen im Rahmen der Erstwählerkampagne zur Kommunalwahl im Mai 2014 hat der Stadtjugendring Potsdam zahlreiche Jugendliche zu ihren Wünschen an die neuen Stadtverordneten befragt. Daran haben ca. 450 Schüler/innen zwischen 15 und 18 Jahren an acht Potsdamer Schulen teilgenommen. Der oben genannte Vorschlag ist der meistgenannte Punkt der Jugendlichen.

>> Stellungnahmen der Fraktionen, Ortsbeiräte, Fachausschüsse

Die Linke	Annahme - Umsetzung erfolgt schrittweise. Ist ein ständiger Prozess und somit nicht abgeschlossen.
SPD	In Umsetzung - Die Ausstattung mit und Anschaffung neuer Medientechnik ist im IT Masterplan der LHP (14/SVV/0302) beschrieben. Damit ist eine zeitgemäße und vor allem regelmäßig auf einen aktuellen Stand zu bringende Ausstattung definiert (Leasing f. 54 Monate).
CDU/ANW	In Umsetzung - Dies wurde mit dem Masterplan IT bereits beschlossen und ist in Umsetzung.
DieAndere	Annahme - Eine bessere technische Ausstattung ist wünschenswert. Allerdings darf sie nicht zu Lasten der personellen Ausstattung erfolgen. Gut ausgebildete Lehrer*innen und eine Verbesserung des Personalschlüssels sind unersetzlich.
AfD	In Umsetzung

Bündnis90/ DieGrünen	Prüfauftrag - Prüfung der aktuellen Situation. Stand der Beschaffung. Unseres Wissens befindet sich ein ähnlich lautender Antrag der CDU/ANW z.Zt. im Geschäftsgang zur Prüfung.
Bürger Bündnis- FDP	In Umsetzung
Potsdamer Demokraten	In Umsetzung - Dies wurde mit dem Masterplan IT bereits beschlossen und ist in Umsetzung.

Eiche	Zur Kenntnis genommen
Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Golm	Zur Kenntnis genommen
Groß Glienicke	Zur Kenntnis genommen
Grube	Zur Kenntnis genommen
Marquardt	Annahme
Neu Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Satzkorn	Zur Kenntnis genommen
Uetz-Paaren	Zur Kenntnis genommen

Hauptausschuss	-
Gesundheit, Soziales, Inklusion	-
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	-
Stadtentw., Bauen, Verkehr	-
Kultur, Wissenschaft	-
Bildung und Sport	ungeändert beschlossen (5/0/0)
Jugendhilfe	-

Finanzausschuss	Vorschlag wurde als "bereits in Umsetzung" beschlossen (vgl. IT-Investitionsplan - 4/0/1)
Stadtverordnetenversammlung	Der Bürgervorschlag wird von der Stadtverordnetenversammlung als „Bereits in Umsetzung“ geändert beschlossen.

DS 14/SVV/1075

Nummer 17: Entlastungsstraße für Potsdam Nord

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Gefordert wird eine Entlastungsstraße für Potsdam. Es ist leichtsinnig und unverantwortlich, wenn die Grundstücke einer möglichen Entlastungsstraße im Norden weggegeben werden und sich somit Potsdam die Zukunft verbaut. Es sollte zumindest die Option einer Entlastungsstraße für die nächsten Generationen offen gehalten werden.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2015/16 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 5383 Punkte, wurde unter der Nummer 17 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 3. Dezember 2014 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Im Januar 2014 hat die Stadtverordnetenversammlung das Stadtentwicklungskonzept Verkehr mit dem Zielhorizont 2025 beschlossen (13/SVV/0741). Wesentliches Ziel ist es, den privaten Kfz-Verkehr und damit die verkehrsbedingten Umweltbelastung zu senken. Besondere Beachtung findet dabei der Berufspendlerverkehr, der maßgeblich für die zeitweiligen Überlastungen des Potsdamer Straßennetzes verantwortlich ist. Diese Änderung des Mobilitätsverhaltens wird in erster Linie durch gezielte Förderung der Verkehrsmittel des Umweltverbundes (Fuß-, Rad- und Öffentlicher Nahverkehr) erreicht.

Der weitere Bau von „Entlastungsstraßen“ (ISES und Havelspange), die insgesamt zu einer Zunahme des Autoverkehrs führen, weil sie die Autonutzung weiter attraktivieren, ist nicht Gegenstand dieses Verkehrskonzeptes. Ausnahme bildet die Verlängerung der Wetzlarer Straße bis zur Heinrich-Mann-Allee, die der Anbindung des Industriegebietes an die Nuthestraße dient. Diese ist weiterhin Planungsgegenstand.

Kosten der Umsetzung:

Für Entlastungsstraßen in Potsdam gibt es folgende Kostenschätzungen: „ISES“ komplett: ca. 60 Mio. Euro (lt. VEP 2001), Ortsumgehung Potsdam (Maßnahme Bund): ca. 50 Mio. Euro (lt. BVWP)

>> Aktualisierung November 2014:

Grundstückserwerb für mögliche Straßentrasse. Eine Deckungsquelle ist nicht vorhanden, da für einen vorsorgenden Grunderwerb Finanzmittel nicht eingeplant sind.

- >> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto: -
- >> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag:

249 Entlastungsstraße für Potsdam Nord
 Die Stadt wächst und wächst und die Stadtoberen wollen keine Entlastungsstraße. Es ist aber leichtsinnig und unverantwortlich wenn die Grundstücke einer möglichen Entlastungsstraße im Norden weggeben werden und sich somit Potsdam die Zukunft verbaut. Die nächsten Generationen hätten dann nicht mehr die Möglichkeit noch eine Entlastungsstraße zu bauen, wenn Potsdam eventuell in den nächsten Jahrzehnten auf 250.000 oder mehr Einwohner angewachsen ist. Die nächsten Generationen würden dann feststellen, dass die Stadtoberen heute verantwortungslos gehandelt haben. Die Stadtoberen haben nur eine vorübergehende von den Bürgern verliehene Verantwortung. Damit sollten sie sensibel umgehen und die Option einer Entlastungsstraße für die nächsten Generationen offen halten.

Umgehungsstraße für Potsdam

Das Problem maroder Straßen mit Tempo 30 zu lösen, ist unsinnig. Eine Umgehungsstraße (weiterer Havelübergang) muss kommen.

>> Stellungnahmen der Fraktionen, Ortsbeiräte, Fachausschüsse

Die Linke	Ablehnung
SPD	Ablehnung - Eine Entlastungsstraße ist im Stadtentwicklungskonzept Verkehr nicht vorgehen, da es für Potsdams Zukunft auf weniger Personenkraftverkehr, mehr Öffentlichen Nachverkehr und Fahrradnutzung setzt. Welche Grundstücke für eine „mögliche Entlastungsstraße im Norden“ von wem gesichert werden sollen, wird in dem Vorschlag nicht beschrieben.
CDU/ANW	Annahme - Die CDU/ANW-Fraktion hält die Senkung des MIV für ein sehr ambitioniertes Ziel, dessen Chance auf Realisierung sich erst noch herausstellen muss. Es ist daher zwingend, für die wachsende Stadt für mögliche Entlastungsstraßen alle Möglichkeiten zu erhalten, um überhaupt auf künftige Entwicklungen reagieren zu können. Im künftigen StEK Verkehr sind entsprechende Planungen aufzunehmen.
DieAndere	Ablehnung - Der Vorschlag ist zu unkonkret. Uns ist nicht

	erkennbar welche genaue Straßenführung freigehalten werden soll und wie sich dieses Vorhaben in die gesamte Verkehrsplanung einfügt.
AfD	Ablehnung - Antrag nicht nachvollziehbar.
Bündnis90/ DieGrünen	Ablehnung - Wurde von der brandenburgischen Landesregierung aus der Bundesfernstraßenplanung gestrichen und findet sich auch nicht mehr im aktuellen STEK Verkehr.
Bürger Bündnis- FDP	Ablehnung
Potsdamer Demokraten	Annahme - Der Antrag ist ungenau, da er die Führung der Entlastungsstraße nicht angibt. Sollte die Entlastungsstraße von Golm nach Bornim in Zusammenhang mit dem B-Plan 124 „Nördlich der Feldmark“ gemeint sein, wird dies uneingeschränkt unterstützt.

Eiche	Prüfauftrag
Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Golm	Zur Kenntnis genommen
Groß Glienicke	Zur Kenntnis genommen
Grube	Zur Kenntnis genommen
Marquardt	Annahme
Neu Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Satzkorn	Zur Kenntnis genommen
Uetz-Paaren	Zur Kenntnis genommen

Hauptausschuss	-
Gesundheit, Soziales, Inklusion	-
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	Der KOUL-Ausschuss lehnt den Antrag mit 5/1/0 ab.
Stadtentw., Bauen, Verkehr	Der SBV-Ausschuss lehnt den Antrag mit 2/4/0 ab.
Kultur, Wissenschaft	-
Bildung und Sport	-
Jugendhilfe	-

Finanzausschuss	Der Vorschlag wird mit 1/5/0 abgelehnt.
Stadtverordnetenversammlung	Der Bürgervorschlag wird von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt .

DS 14/SVV/1076

Nummer 18: Ausgaben für 'Barrierefreie Wege' deutlich erhöhen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Kosten für "Barcelona" (Ziel Herstellung barrierefreier Wege) sollten auf die Hälfte des jährl. Budgets des Radfahrkonzepts erhöht werden. Konkret betroffen sind unter anderem folgende Bereiche: Potsdam West (Umfeld des Bahnhofs Charlottenhof bis zum Gehweg im Bogen), Innen- und Berliner Vorstadt (Heilig-Geist- und Ludwig-Richter-Straße), Uferweg zwischen Humboldtbrücke und Eingang Babelsberger Park, Fahrland (Priesterweg) sowie Kartzow und Krampnitz.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2015/16 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 4440 Punkte, wurde unter der Nummer 18 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 3. Dezember 2014 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Zurzeit liegt das Budget zur Unterhaltung der Radwege in der Stadt Potsdam bei rund 490.000 Euro. Zur Umsetzung von kleinteiligen Maßnahmen im Rahmen des Beschlusses von Barcelona stehen jährlich 80.000 Euro zur Verfügung.

Viele desolate Gehwege in Potsdam bedürfen einer grundhaften Erneuerung, um in einen barrierefreien Zustand versetzt werden zu können. Damit sind die Vorhaben umlagepflichtig und müssen aus dem investiven Haushalt der Stadt finanziert werden. Der Zustand der Gehwege u.a. in der Berliner Vorstadt und in Fahrland sind dem Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen bekannt.

Bis zum Jahr 2019 sind die im investiven Haushalt zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel durch bereits begonnene Baumaßnahmen bzw. in der Priorität höher verankerte Baumaßnahmen gebunden. Aus diesem Grund können nur kleinteilige Maßnahmen zur Gefahrenabwehr umgesetzt werden, die ausschließlich mit Mitteln aus dem Unterhaltungsaufwand des Fachbereiches Grün- und Verkehrsflächen finanziert werden können.

>> Aktualisierung November 2014: -

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto: 5410033/5431569

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag:

233 Kosten für "Barcelona" (Barrierefreie Wege) auf Hälfte des jährl. Budgets des Radfahrkonzepts erhöhen

Begründung: Die zu bewältigenden Auflagen zur Herstellung der Barrierefreiheit von Straßen und Wegen und für kleinteilige Maßnahmen nehmen immer größere Dimensionen an. Sie sind zum Teil schon im großflächigen Bereich (Potsdam West. Innenstadt usw.) anzusiedeln, und mit den jährlich vorhandenen 80.000 Euro nicht mehr zu stemmen.

Jedem dürfte bekannt sein, dass die Stadt Potsdam im Jahre 2004 / 2005 die "Barcelonaer Erklärung" unterschrieben hat, dort mit ist die Stadt, die Verpflichtung eingegangen, die Stadt barrierefrei zu gestalten, deren bauliche Umsetzung auch Kosten verursacht.

1. Potsdam West kosten 550.000 €, davon ca. 319.538 € verbaut, offen sind Wege der 3. Priorität siehe Prioplan liegt in Bereich Verkehrsanlagen der Stadtverwaltung

2. Innenstadt mit Parkplatz vor „ABB“ dieser Bereich ist ein Sanierungsgebiet „noch“ und wurde bereits zum größten Teil saniert (Betrifft Antrag: 12/SVV/0771 „Herstellung der barrierefreien Innenstadt“ - Kosten wurden noch nicht ermittelt aber ca. im 6 -7 stelligen Bereich, dazu sind zur Zeit keine finanziellen Kapazitäten vorhanden. Gleiches gilt für das Umfeld am Bhf. Charlottenhof.)

3. Bereich Bhf. Charlottenhof Kosten wurden noch nicht ermittelt aber ca. im 6 stelligen Bereich (siehe 2.)

4. Restarbeiten um Heilig Geist: Kosten können noch nicht benannt werden.

5. Der Uferweg zwischen Humboldtbrücke und Eingang Babelsberger Park neben dem Bootslegeplatz im Park (Bereich SPSP)

6. Und in weiteren noch zu bezeichnenden Stadtgebiete wie rund um die Str. Im Bogen, Kartzow, Krampnitz alt usw.

266 Gefährliche Gehwege in der Berliner Vorstadt (Ludwig-Richter-Straße)

Die Gehwege in der Ludwig-Richter- und Seestraße sind gefährliche "Rumpelpisten". Dort befindet sich unter anderem auch das Potsdamer Bürgerstift, ein Pflegeheim und Betreutes Wohnen. Viele ältere Bürger dieser Einrichtung trauen sich wegen der schlechten Wege auch mit Rollator oder Rollstuhl nicht mehr aus dem Haus (Einkauf oder Spaziergang). An mehreren Grundstücken (Baustellen) in der Ludwig-Richter-Str. gibt es schon seit 2 Jahren keinen Fußweg mehr.

65 Bürgersteige für Fahrland

Besonders entlang der Ketzinerstraße und dem Priesterweg im Ortsteil Fahrland gibt es überwiegend defekte und sandige Holperwege. Dies sind keine Wege die Gehbehinderte und RollstuhlfahrerInnen wirklich nutzen können. Sie müssen auf die von LKWs stark frequentierte Straße ausweichen und sich großen Gefahren aussetzen. Auch Behinderte möchten gefahrlos in die Kirche, die Wahlbüros, die Physiotherapie, zum Friseur, zur Post etc. gehen/rollen können. Ich fordere Die Stadtverwaltung auf für sicher nutzbare Bürgersteige zu sorgen.

>> **Stellungnahmen der Fraktionen, Ortsbeiräte, Fachausschüsse**

Die Linke	Prüfauftrag - Es ist zu prüfen, wie hoch die Kosten für die Umsetzung der genannten Maßnahmen sind, welche Maßnahmen im Zuge anderer Bauvorhaben mit realisiert werden können und nach welchen Prioritäten sie umgesetzt werden. Mit dem Teilhabeplan der LHP ist unter dem Teilziel 3.6, Barrierefreie Gestaltung von öffentlichen Wegen und Plätzen beschlossen worden, dass eine Ausweitung des Pilotprojektes „Barrierefreie Brandenburger Vorstadt“ aus dem Jahr 2009 auf die gesamte Stadt mit jedem weiteren Bauvorhaben fortlaufend stattfindet.
SPD	Prüfauftrag - Das Ziel der Barrierefreiheit teilen wir. Unterstützen können wir den Vorschlag aber nur als Prüfauftrag: Abgewogen zwischen allen anderen Akteuren (Radfahrer, Fußgänger) sollte geprüft werden, ob und in welcher Höhe das Barcelona-Budget erhöht werden kann und in welche Maßnahmen das Geld dann fließen sollte.
CDU/ANW	Annahme - mit Änderung: Für Menschen mit Behinderung ist mit Priorität die Gefahrenabwehr zu erhöhen. Dazu ist der Umsetzung von „Barcelona“ erhöhte Priorität einzuräumen. Die notwendigen Mittel sind aus dem Budget für die Realisierung von Radverkehrsmaßnahmen zu nehmen. Einschränkung: Die Hälfte des jährl. Budgets des Radfahrkonzepts ist als Summe zu hochgegriffen. Diese Summe wird in Frage gestellt.
DieAndere	Annahme
AfD	Prüfauftrag – Bei konkretem Bedarf, Notwendigkeit prüfen.
Bündnis90/ DieGrünen	Prüfauftrag - Potsdam hat schon wichtige Bei-

	träge geleistet, um barrierefreie Wege für Menschen mit Geheinschränkungen, für Senioren und für Kinderwagen bereit zu stellen. Zu prüfen ist, ob die Unterstützung aus dem Europäischen Förderprogramm „LEADER“ erfolgen kann, um hier finanzielle Bezuschussungen für „Barrierefreie Wege“ zu generieren. In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass barrierefreie Wege auch dann gewährleistet sind, wenn Fahrzeuge ordnungsgemäß und nicht auf Gehwegen geparkt werden.
Bürger Bündnis- FDP	Prüfauftrag
Potsdamer Demokraten	Prüfauftrag - Grundsätzlich wird zugestimmt. Die tatsächlich benötigte Summe ist zu ermitteln und gegen zu finanzieren, sobald die finanziellen Mittel vorhanden sind.

Eiche	Zur Kenntnis genommen
Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Golm	Zur Kenntnis genommen
Groß Glienicke	Zur Kenntnis genommen
Grube	Zur Kenntnis genommen
Marquardt	Annahme
Neu Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Satzkorn	Zur Kenntnis genommen
Uetz-Paaren	Zur Kenntnis genommen

Hauptausschuss	-
Gesundheit, Soziales, Inklusion	-
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	Die Ausschussmitglieder sprechen sich für die Umwandlung in einen Prüfauftrag aus und stimmen dem einstimmig zu.
Stadtentw., Bauen, Verkehr	Der SBV-Ausschuss stimmt der Umwandlung in einen Prüfauftrag mit 6/0/0 zu. Gemeinsam mit der Verwaltung sollte geprüft werden, wie die Ausgaben zur Umsetzung des Beschlusses von Barcelona erhöht werden könnten.
Kultur, Wissenschaft	-
Bildung und Sport	-

Jugendhilfe	-
Finanzausschuss	Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen verständigen sich darauf, den Antrag in einen Prüfauftrag („Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Prüfung des folgenden Bürgervorschlags vorzunehmen.“) umzuwandeln. (6/0/0)
Stadtverordnetenversammlung	Der Bürgervorschlag wird von der Stadtverordnetenversammlung als Prüfauftrag geändert beschlossen: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Prüfung des folgenden Bürgervorschlags vorzunehmen: ...“

DS 14/SVV/1077

Nummer 19: Förderung Nachbarschaftshaus 'Scholle 34'

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die ehemalige Großgaststätte „Charlottenhof“ soll nach vielen Jahren Leerstand wiederbelebt werden - als Nachbarschaftshaus für alle Menschen im Stadtteil und darüber hinaus. Nach einer Ideenwerkstatt des Stadtteilnetzwerks Potsdam-West im November 2013, hat eine daraus hervorgegangene Arbeitsgruppe ein Konzept für die „Scholle 34“ erstellt (www.scholle34.de). Ziel dieses Vorschlags ist eine ideelle, aber auch finanzielle Unterstützung der Stadt Potsdam für die Sanierung des Hauses. Im Jahr 2015 und 2016 soll das Außengelände der „Scholle 34“ mit vielfältigen Nutzungsbereichen in Eigenarbeit gestaltet werden, wofür Material und Werkzeug benötigt wird.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2015/16 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 2791 Punkte, wurde unter der Nummer 19 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 3. Dezember 2014 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Das entsprechende Gebäude steht im Eigentum der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, nicht der Landeshauptstadt Potsdam. Eine Nutzung würde eine Verständigung zwischen dem Verein und der Stiftung voraussetzen.

Die aus dem Stadtteilnetzwerk Potsdam West hervorgegangene Konzeptidee und Initiative zur Entwicklung der „Scholle 34“ zum Nachbarschafts- und Künstlertreff entwickelte sich aus den vielfältigen Aktivitäten und Vernetzungsbestrebungen bürgerschaftlichen und kultur-künstlerischen Engagements in der Brandenburger Vorstadt und Potsdam West.

Für die Umsetzung dieses Engagements wird der Verein Stadtteilnetzwerk Potsdam West e.V. seit einigen Jahren im Rahmen der Grundförderung von Begegnungshäusern mit finanziellen Mitteln zwischen 50.000 - 60.000 Euro jährlich gefördert. In etwa dieser Höhe sind in der mittelfristigen Planung für die Jahre 2015 - 2019 Fördermittel durch die Landeshauptstadt Potsdam vorgesehen. Explizite Fördermittel für das Projekt „Scholle 34“ sind in diesem Rahmen nicht geplant.

>> Aktualisierung November 2014:

In der gegenwärtigen Phase der Entwicklung des Projektes sind noch keine konkreten Handlungsempfehlungen sinnvoll. Grundsätzlich jedoch würde eine mögliche Förderung des Projektes durch die Landeshauptstadt Potsdam eine breite geschäftsbereichsübergreifende Zusammenarbeit erfordern.

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto:

Über das benannte Produktkonto 28404 (Bürgerhäuser und bürgerschaftliches Engagement) hinaus können zur Zeit keine anderen relevanten Produktbereiche benannt werden.

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag:

15 Nachbarschaftshaus "Scholle 34"

Die ehemalige Großgaststätte „Charlottenhof“ soll nach vielen Jahren Leerstand wiederbelebt werden - als Nachbarschaftshaus („Scholle 34“) für alle Menschen im Stadtteil und darüber hinaus. Viele Ideen können an diesem Ort verwirklicht werden, wenn sie das Gemeinschaftliche, das Verbindende, das Übergreifende als Chance erkennen und sich zunutze machen. Ein Nachbarschaftshaus, das im Sinne von 'neighbourhood communities' Bewohner verbindet, befähigt und bestärkt, und ein Ort gelebter Nachbarschaft und Inklusion ist. Wir wollen einen generationsübergreifenden Begegnungs-

ort in Potsdam-West mit vielfältigen sozialen und kulturellen Angeboten unter einem Dach schaffen. Nach einer Ideenwerkstatt des Stadtteilnetzwerks Potsdam-West im November 2013, hat eine daraus hervorgegangene Arbeitsgruppe ein Konzept für die Scholle 34 erstellt (www.scholle34.de). Ein Gespräch mit der SchloßerStiftung soll im Juni 2014 stattfinden. Wir wünschen uns für unser Projekt die ideelle, aber auch finanzielle Unterstützung der Stadt Potsdam.

Ergänzung 22. August 2014: Im Jahr 2015 und 2016 soll das Außengelände der „Scholle 34“ mit vielfältigen Nutzungsbereichen in Eigenarbeit gestaltet werden, wofür Material und Werkzeug benötigt wird.

>> Stellungnahmen der Fraktionen, Ortsbeiräte, Fachausschüsse

Die Linke	Annahme - Die Unterstützung könnte z.B. durch die Übernahme einer Kredit-Bürgschaft für die zu tätigenenden Investitionen erfolgen.
SPD	Annahme - Wir unterstützen den Vorschlag und plädieren für eine deutliche Erhöhung des Zuschusses an das Stadtteilnetzwerk Potsdam-West in den kommenden zwei Jahren zur Fortführung und Absicherung der bereits bestehenden Stadtteilarbeit sowie der weiteren Entwicklung des Projektes „Nachbarschaftshaus Scholle 34“.
CDU/ANW	Prüfauftrag - Die CDU/ANW-Fraktion setzt sich grundsätzlich für die Schaffung von Bürgerhäusern und Begegnungsstätten ein. Sowie die Grundlagen für konkrete Maßnahmen vorliegen, ist zu prüfen, wie das Projekt unterstützt werden kann. Dabei ist die Gesamtsituation der Stadt zu berücksichtigen und nach prioritärem Bedarf zu entscheiden.
DieAndere	Annahme
AfD	Prüfauftrag
Bündnis90/ DieGrünen	Annahme - Dem Anliegen wird mit einem HH-begleitenden Antrag der Kooperationsfraktionen entsprochen.
Bürger Bündnis- FDP	Ablehnung
Potsdamer Demokraten	Prüfauftrag - Sowie die Grundlagen für konkrete Maßnahmen vorliegen, ist im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten zu prüfen, wie das Projekt unterstützt werden kann. Dabei ist die Gesamtsituation der Stadt zu berücksichtigen

und nach prioritärem Bedarf zu entscheiden.

Eiche	Prüfauftrag
Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Golm	Zur Kenntnis genommen
Groß Glienicke	Zur Kenntnis genommen
Grube	Zur Kenntnis genommen
Marquardt	-
Neu Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Satzkorn	Zur Kenntnis genommen
Uetz-Paaren	Zur Kenntnis genommen

Hauptausschuss	Der Hauptausschuss stimmt dem Vorschlag mehrheitlich zu. (16/0/1)
Gesundheit, Soziales, Inklusion	-
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	-
Stadtentw., Bauen, Verkehr	-
Kultur, Wissenschaft	Annahme (7/0/0)
Bildung und Sport	-
Jugendhilfe	-

Finanzausschuss	Die Vorlage wird ungeändert beschlossen. (5/0/1)
Stadtverordnetenversammlung	Der Bürgervorschlag wird von der Stadtverordnetenversammlung angenommen .

DS 14/SVV/1078

Nr. 20: Neubau und Erneuerung Sportanlagen im Potsdamer Norden

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Potsdamer Norden sind die infrastrukturellen Bedingungen für den Breiten- und Vereinssport absolut unzureichend. Dringend notwendig ist die Errichtung einer wettkampftauglichen Sportstätte, die neben dem Schulsport auch für den Vereinssport (mit dem Schwerpunkt Fußball) genutzt werden kann. Parallel dazu ist eine Erneuerung der vorhandenen Sportanlage an der Kirschallee (Kunstrasen und Erweiterung) erforderlich.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2015/16 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 2526 Punkte, wurde unter der Nummer 20 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 3. Dezember 2014 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Derzeit steht im Bornstedter Feld – neben den Schulsportanlagen – nur die Anlage in der Kirschallee für die Potsdamer Kickers zur Verfügung. Durch die Landeshauptstadt wird daher angestrebt, weitere Sportanlagen für den stark wachsenden Stadtteil zu schaffen. Mit dem Naturrasenfußballfeld in Neu Fahrland konnte schon eine Entlastung erreicht werden. Die Stadt wird weitere Standorte prüfen, um die Sportstätten-situation im Potsdamer Norden langfristig zu verbessern. Durch die Umsetzung des Schulentwicklungsplans werden im Potsdamer Norden weitere Schulstandorte geschaffen, die auch dem Vereinssport zur Verfügung stehen werden.

Kosten der Umsetzung:

Für die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahme ist zunächst von einem Finanzbedarf in Höhe von rund 2,4 Mio. Euro auszugehen.

>> Aktualisierung November 2014: -

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto: -

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag:

421 Neubau und Erneuerung von Sportanlagen im Potsdamer Norden
 Im Potsdamer Norden sind die infrastrukturellen Bedingungen für den Breiten- und Vereinssport absolut unzureichend. Dringend notwendig ist die Errichtung einer wettkampftauglichen Sportstätte, die neben dem Schulsport auch für den Vereinssport (mit dem Schwerpunkt Fußball) genutzt werden kann. Parallel dazu ist eine Erneuerung der vorhandenen Sportanlage an der Kirschallee erforderlich. In Abstimmung mit dem Schulsport sollten hier das Fußball-Großfeld (Kunstrasen) erneuert und vergrößert werden sowie zwei weitere Ballspielflächen (Kunstrasen und Tartan) angelegt werden. Damit werden Voraussetzungen geschaffen, dass der ansässige Fußballverein seinen mehr als 350 Nachwuchssportlern bessere Trainings- und

Spielbedingungen anbieten sowie weiteren Kindern und Jugendlichen die Chance auf sportliche Betätigung ermöglichen kann.

>> Stellungnahmen der Fraktionen, Ortsbeiräte, Fachausschüsse

Die Linke	Annahme - Zustimmung zum Grundanliegen, schrittweise Umsetzung entsprechend der Planungen der Verwaltung und des Entwicklungsträgers Bornstedter Feld unter Einbeziehung auch privater Investoren/Vermieter.
SPD	In Umsetzung / Prüfauftrag - Neuinvestitionen in Sportanlagen sind im Rahmen des Schulentwicklungsplanes für die LHP festgelegt. Reine Freizeit- oder Profisportanlagen werden in Potsdam in den kommenden Jahren nicht einfach zu finanzieren sein, deshalb liegt der Schwerpunkt auf der Gemeinschaftsnutzung von Schul- und Vereinssport. Die Sanierung vorhandener Sportanlagen (Kunstrasen Kirschallee) muss im Rahmen des Wirtschaftsplans KIS geprüft und ggfs. finanziert werden.
CDU/ANW	Annahme - Im Norden fehlen Sportanlagen. Die Sanierung der Sportanlage an der Kirschallee ist im KIS-Wirtschaftsplan vorgesehen. Sie ist umzusetzen. Zusätzlich sind Möglichkeiten vorzusehen, die vorgesehenen Schulsportanlagen als wettkampffähig nach den einschlägigen Bestimmungen auszuführen bzw. alternativ entsprechende Flächenpotentiale zu benennen und zu sichern.
DieAnderere	Annahme
AfD	Prüfauftrag
Bündnis90/ DieGrünen	Prüfauftrag - Aktuellen Stand und Bedarf prüfen.
Bürger Bündnis- FDP	Ablehnung
Potsdamer Demokraten	Annahme - Der Einschätzung der LHP wird zugestimmt.

Eiche	Zur Kenntnis genommen
Fahrland	Zur Kenntnis genommen
Golm	Zur Kenntnis genommen
Groß Glienicke	Zur Kenntnis genommen
Grube	Zur Kenntnis genommen
Marquardt	Annahme
Neu Fahrland	Zur Kenntnis genommen

Satzkorn	Zur Kenntnis genommen
Uetz-Paaren	Zur Kenntnis genommen

Hauptausschuss	-
Gesundheit, Soziales, Inklusion	-
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	Der Ausschuss stimmt dem Prüfauftrag („an welchen Standorten und in welcher Weise Neubau und Erneuerung Sportanlagen im Norden entsprochen werden kann“) einstimmig zu.
Stadtentw., Bauen, Verkehr	-
Kultur, Wissenschaft	-
Bildung und Sport	ungeändert beschlossen (4/0/1)
Jugendhilfe	-

Finanzausschuss	Der Ausschuss stimmt dem Prüfauftrag („an welchen Standorten und in welcher Weise Neubau und Erneuerung Sportanlagen im Norden entsprochen werden kann“) zu. (4/0/1)
Stadtverordnetenversammlung	Der Bürgervorschlag wird von der Stadtverordnetenversammlung als Prüfauftrag geändert beschlossen: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Prüfung des folgenden Bürgervorschlags vorzunehmen: ...“